

Aus dem Institut für Arbeits- und Sozial-Medizin
der Universität Erlangen-Nürnberg
(Direktor: Professor Dr. med. H. Valentin)

**DIE VERFAHREN UND DIE LEISTUNGEN
BEI ARBEITSUNFÄLLEN UND
BERUFSKRANKHEITEN IN DEN
INDUSTRIENATIONEN DER WELT**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Medizinischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Joachim Weiß
aus Oldenburg



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Aus dem Institut für Arbeits- und Sozial-Medizin
der Universität Erlangen-Nürnberg
(Direktor: Professor Dr. med. H. Valentin)

**DIE VERFAHREN UND DIE LEISTUNGEN
BEI ARBEITSUNFÄLLEN UND
BERUFSSKRANKHEITEN IN DEN
INDUSTRIENATIONEN DER WELT**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Medizinischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Joachim Weiß
aus Oldenburg

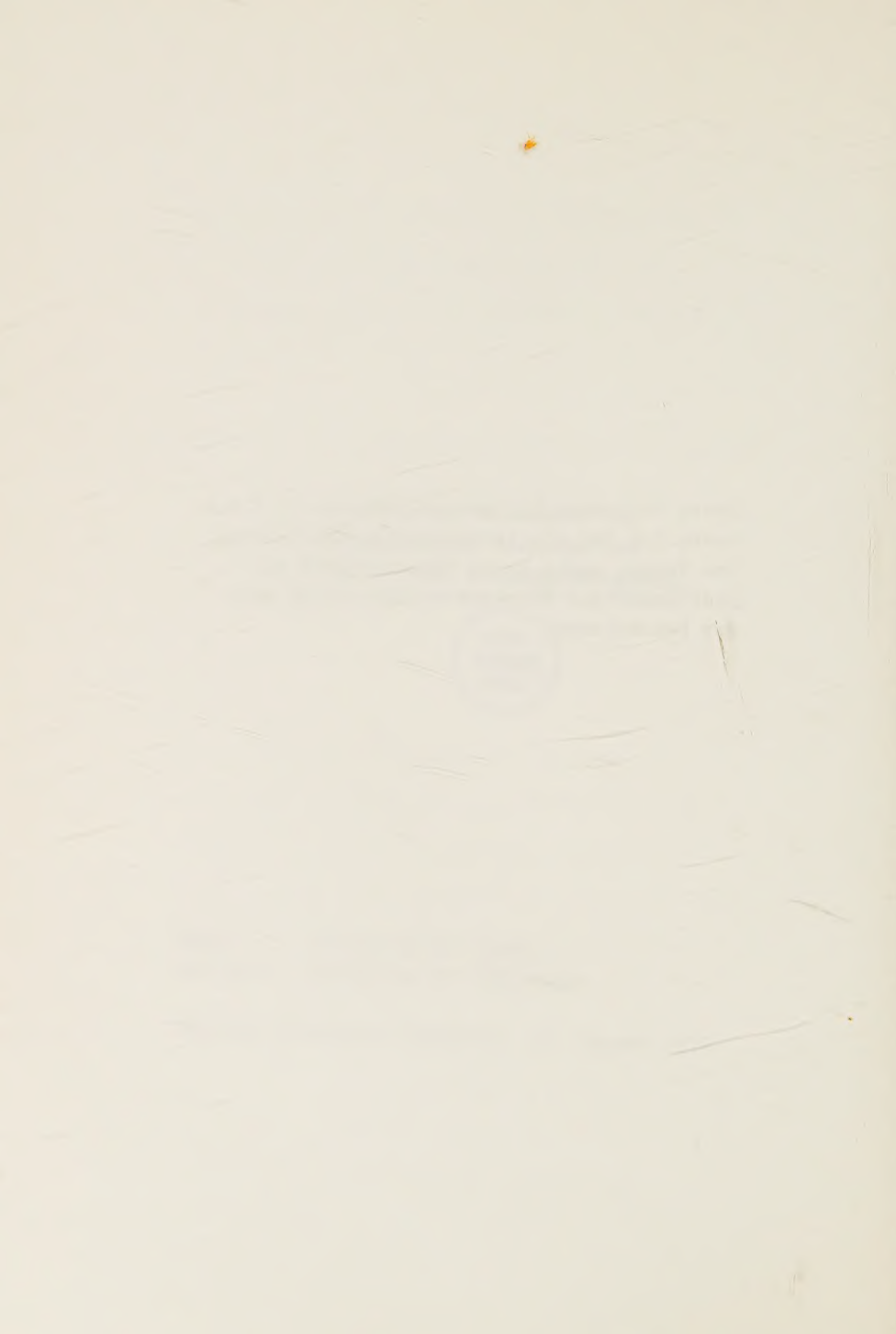
Gedruckt mit Erlaubnis der
Medizinischen Fakultät der
Universität Erlangen-Nürnberg



Dekan : Professor Dr. Koch
Referent: Professor Dr. Valentin

Tag der mündlichen Prüfung: 25. Januar 1972

Herrn Professor Dr. med. H. V a l e n t i n
danke ich für die bereitwillige Überlassung
des Themas sowie seine Unterstützung bei
gleichzeitiger Überlassung der freien Wahl
der Bearbeitung.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
1.00 Einleitung	1
2.10 Der gegen Arbeitsunfälle und Berufs- krankheiten versicherte Personenkreis	4
2.20 Die Versicherungssysteme	10
2.21 Unfallhaftpflicht des Arbeitgebers	10
2.22 Sozialversicherungssysteme	11
2.30 Der Versicherungsfall	13
2.31 Definition des Arbeitsunfalls	13
2.32 Berufskrankheiten	22
2.40 Das Versicherungsverhältnis	30
3.00 Medizinische Behandlung und Sach- leistungen	30
3.10 Finanzielle Leistungen bei vorüber- gehender Erwerbsunfähigkeit	31
3.20 Berufliche Wiedereingliederung	41
3.30 Leistungen bei dauernder völliger oder dauernder teilweiser Erwerbs- unfähigkeit	44
3.40 Leistungen beim Tod des Versicherten	56
4.00 Besprechung der Ergebnisse	68
5.00 Zusammenfassung	74

Anhang

Literaturverzeichnis

Die Verfahren und die Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten in den Industrienationen der Welt.

1.00 Einleitung

Erstmals im Jahre 1884 wurde aufgrund staatlicher Gesetzgebung eine Pflichtversicherung für Arbeiter gegen Arbeitsunfälle eingeführt, und zwar im Deutschen Reich durch das Unfallversicherungsgesetz vom 6.7.1884 (RGBl. 1884, S. 69). Dieses deutsche soziale Versicherungswerk wurde für andere Staaten richtungweisend, so daß 1887 in Österreich, 1897 in Großbritannien und 1898 jeweils in Dänemark, Italien und Frankreich ebenfalls Unfallversicherungsgesetze erlassen wurden. Bis 1914 entstanden derartige Gesetze in allen in dieser Arbeit behandelten europäischen Staaten. In den nicht-europäischen Staaten wurden Gesetze zum Schutz gegen Arbeitsunfälle erst später erlassen, z.B. in den USA als der größten Industrienation erst 1911 in einem Bundesstaat (Wisconsin); bis 1920 entstanden in den USA in 41 Teilstaaten derartige Gesetze (hinzu kamen 3 Bundesgesetze).

Die folgende Übersicht zeigt, daß die Unfallversicherungsprogramme in der Regel nicht nur die ersten Gesetzgebungswerke einer sozialen Fürsorge waren, sondern daß sie auch von allen in den Staaten der Welt vorkommenden Versicherungsprogrammen - gleich welcher Art - die häufigsten sind.

	<u>1940</u>	<u>1949</u>	<u>1958</u>	<u>1969</u>
Anzahl der Staaten	57	58	80	<u>123</u>
Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung	33	44	58	97
Krankenvers. + Mutterschutz	24	36	59	68
Arbeitslosenversicherung	21	22	26	34
Arbeitsunfallversicherung	57	57	77	<u>120</u>
Familienbeihilfen	7	27	38	62

(Nach 50, S. 7)

Durch diese Tabelle wird deutlich, daß besonders in den Staaten, die kein ausgebautes Versicherungs- oder Fürsorgesystem kennen, wenigstens der Verlust oder die Minderung der (meist nur körperlichen) Arbeitskraft, von der ja oft viele andere Menschen wirtschaftlich abhängig sind, entschädigt wird. In vielen Staaten wird also das Arbeitsrisiko als einziges Risiko durch Einführung eines Entschädigungssystems abgedeckt. Vor Einführung des Unfallversicherungsschutzes mußte dem Arbeitgeber im Einzelfall Verschulden nachgewiesen werden, wenn bei einem Unfall der Arbeitnehmer eine Entschädigung verlangte. Aufgrund des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes werden Leistungen unabhängig von der Schuldfrage gewährt; mit dem Arbeitsverhältnis wird eine haftungsbegründende Kausalität hergestellt (nach 56). Die Übernahme der Leistungen erfolgt durch staatliche oder private Versicherungsgesellschaften, gegen die auch die Ansprüche unmittelbar zu stellen sind.

Im Laufe der Jahre wurden die ersten Gesetzgebungswerke verbessert und erweitert. So wurde meist der versicherte Personenkreis - ursprünglich oft auf bestimmte Personen, Betriebe oder Beschäftigungsarten beschränkt - erweitert und alle Tätigkeiten mit eingeschlossen. Der früher gebrauchte Begriff "Betriebsunfall" wurde in Zusammenhang mit dieser Erweiterung zutreffend durch den des "Arbeitsunfalls" ersetzt. Ebenso wurden die Behandlungsmaßnahmen und Entschädigungsleistungen ständig verbessert. Berufskrankheiten wurden in das Versicherungssystem miteinbezogen und hinsichtlich der Leistungen meist den Arbeitsunfällen gleichgestellt.

Im Deutschen Reich geschah das durch die "1. Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten" vom 12.5.1925 (RGBl. I S. 69). Es folgten die 2. Berufskrankheiten-Verordnung (BkVO) vom 11.2.1929 (RGBl. I S. 27), die 3. BkVO vom 16.12.1936 (RGBl. I S. 1117), die 4. BkVO vom

29.1.1943 (RGBl. I S. 85), in der BRD die 5. BkVO vom 26.7.1952 (BGBI. I S. 395), die 6. BkVO vom 28.4.1961 (BGBI. I S. 505), z.Z. gilt die 7. BkVO vom 20.6.1968 (BGBI. I S. 721). In der DDR gilt die "Verordnung über Melde- und Entschädigungspflicht bei Berufskrankheiten" vom 14.11.1957 (GBl. I S. 1). Die 1. Durchführungsbestimmung (DB) wurde am 19.10.1959 (GBl. I S. 846) erlassen, die geltende 2. DB stammt vom 18.9.1968 (GBl. I S. 821).

Mit der Einführung weiterer Versicherungssysteme, die die Bevölkerung in den allgemeinen Wechselfällen des Lebens vor wirtschaftlicher Not bewahren sollten, verlor dann die Versicherung des Arbeitsrisikos die besondere Stellung und wurde zusammen mit anderen nicht berufsbedingten Risiken abgedeckt. Besonders nach dem 2. Weltkrieg wurden in vielen Staaten allumfassende Sozialversicherungssysteme geschaffen.

In dieser Arbeit wird eine Übersicht über die Verfahren und die Leistungen in den Industrienationen der Welt bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten gegeben. Die Auswahl der berücksichtigten Staaten richtet sich in erster Linie nach dem "Industrialisierungsgrad" (IG.) in den Jahren 1967/68. Dieser Industrialisierungsgrad entspricht dem Prozentsatz der in Bergbau und Industrie, sowie in Handel, Verkehr und Dienstleistungen (dem sogenannten sekundären und tertiären Sektor) Beschäftigten eines Staates. In den hochindustrialisierten Ländern sinkt der Anteil des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft) unter 20 %, d.h. der IG. liegt über 80 (nach 58).

Es werden folgende Staaten (der Industrialisierungsgrad ist jeweils in Klammern dahinter gesetzt) in die Arbeit einbezogen: Argentinien (81), Australien (89), Belgien (94), BRD (89), CSSR (74), Dänemark (83), DDR (84), Frankreich (84), Großbritannien (97), Italien (76), Japan (79), Kanada (91), Luxemburg (87), Niederlande (92), Norwegen (82),

Österreich (80), Polen (92), Schweden (91), Schweiz (91), USA (95).

Die UDSSR (63) und die Republik Südafrika (67) zählen zu den Staaten mit einem mittleren Industrialisierungsgrad. Zusätzlich wird noch die VR China aufgenommen, obwohl sie einen sehr niedrigen IG. hat (30), da sie die volkreichste Nation der Erde ist.

Das Zahlenmaterial stammt - soweit nicht anders vermerkt - aus dem Jahre 1969 (Vgl. 50)

Mir wurde die Aufgabe gestellt, im Rahmen dieser Arbeit auf die Individual-Versicherungsleistungen einzugehen. Die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie die Brutto-Versicherungsleistungen in den Industrienationen werden dabei nicht berücksichtigt.

2.10 Der gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten versicherte Personenkreis.

Argentinien

Arbeitnehmer in bestimmten Industrien, einschließlich der Landwirtschaft, sofern dort Kraftmaschinen benutzt werden.

Australien

Alle Arbeitnehmer. Ausgeschlossen sind Gelegenheitsarbeiter, Heimarbeiter und Küstenfischer.

In Victoria sind Personen mit einem Verdienst über 6000 \$ im Jahr, in Südaustralien über 110 \$ je Woche nicht versichert.

Belgien

Alle auf Grund eines Arbeitsvertrages Beschäftigten sowie Lehrlinge. Gegen Berufskrankheiten sind auch Praktikanten versichert.

BRD

Alle Arbeitnehmer, die meisten Angehörigen der freien Berufe, Studenten, Schüler und Kinder in Kindergärten.

China

Arbeitnehmer in Fabriken und Bergwerken mit mehr als 100 Beschäftigten. Ferner Arbeitnehmer in großen Transportunternehmen, Nachrichten- und Bau-gesellschaften. Außerdem alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

Dänemark

Alle Arbeitnehmer, außerdem selbständige Fischer und Schiffseigner.

DDR

Alle unselbständig Beschäftigten mit einem monat-lichen Arbeitsverdienst von mindestens 75,-- DM, Studenten, Lehrlinge, Hoch- und Fachschüler. Selbständige, sofern sie weniger als 5 Arbeitnehmer beschäftigen.

Frankreich

Alle Arbeitnehmer und selbständige Landwirte.

Großbritannien

Alle Arbeitnehmer, ausgenommen sind: Hafen- und Seelotsen, ausländische Seeleute auf britischen Schiffen, unbezahlte Lehrlinge und wenn die ge-leistete Arbeit unbedeutend ist oder der Verdienst weniger als £ 4 wöchentlich beträgt.

Italien

Alle Arbeiter bei entlohnter körperlicher Arbeit. Angestellte bei gefährlicher Arbeit. Hierzu ist ein Katalog erlassen, in dem weite Gebiete der Industrie, des Handwerks und Handels aufgeführt sind. Außerdem alle in der Landwirtschaft Beschäftigten einschließ-lich der selbständigen Landwirte.

Japan

Arbeitnehmer von Firmen in Industrie, Handel, Berg-bau, Verkehr und ähnlichen Gebieten, die mehr als 5 Beschäftigte haben oder Motorkraft verwenden. Im Baugewerbe und in Forstbetrieben mit mehr als einem ständig Beschäftigten, in Fischereibetrieben bei Schiffen von über 5 Tonnen. Außerdem Arbeiter an

besonders bezeichneten gefährlichen Arbeitsplätzen. Seeleute und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Unternehmen, die nicht im Gesetz aufgeführt sind, können der Unfallversicherung freiwillig beitreten, ebenso Familienbetriebe und Selbständige.

Kanada

Beschäftigte in Industrie und Handel. Es bestehen einige Unterschiede zwischen den Provinzen; gewöhnlich ausgeschlossen sind: Landarbeiter (können sich z.B. in Ontario freiwillig versichern), Hausangestellte und Gelegenheitsarbeiter, außerdem Arbeitnehmer in kleinen Firmen und Büroangestellte. In einigen Provinzen können aber auch diese Betriebsangehörigen auf Antrag in die Unfallversicherung aufgenommen werden.

Außerdem sind Seeleute und Regierungsbedienstete pflichtversichert.

Luxemburg

Alle Arbeitnehmer, Lehrlinge und selbständigen Landwirte.

Niederlande

Seit dem 1.7.67 besteht keine besondere Unfallversicherung mehr. Als Kreis der versicherten Personen gelten Arbeitnehmer in privatrechtlichen und öffentlichen Dienstverhältnissen, außerdem Bezieher von Arbeitslosenunterstützung, Praktikanten, Referendare und Lehrlinge, auch wenn sie keinen Lohn erhalten.

Norwegen

Alle Arbeitnehmer, auch Studenten, Schüler und Soldaten.

Österreich

Alle Arbeitnehmer und Selbständige.

Polen

Alle Arbeitnehmer, Lehrlinge, Mitglieder von Handwerksgenossenschaften und selbständige Handwerker, Anwälte und Heimarbeiter.

Schweden

Alle Arbeitnehmer, ausgeschlossen sind Familienbetriebe.

Schweiz

Alle Arbeitnehmer in den Kantonen Genf und Tessin. Sonst nach Bundesrecht: Arbeitnehmer bei Bahn, Post, in sämtlichen konzessionierten Transportunternehmungen, Hoch- und Tiefbau, Installations- und Montagebetrieben, im Bergbau und bei Firmen für Errichtung und Unterhalt von Leitungssystemen. Ferner Arbeitnehmer im nicht-konzessionierten Transportgewerbe unter Verwendung von tierischer oder motorischer Kraft, in Betrieben mit: Gewerbsmäßiger Erzeugung, Verwendung und Lagerung von Sprengstoffen, explodierbaren oder gesundheitsgefährdenden Stoffen, elektrischer Erzeugung oder Verteilung, in Handelsunternehmungen, die mit betriebsgefährlichen Maschinen oder Einrichtungen arbeiten.

In Regiebetrieben der öffentlichen Verwaltung. Darüber hinaus sind Arbeiter in anderen Betrieben vielfach auf Grund von Tarifverträgen in den Versicherungsschutz einbezogen.

Republik Südafrika

Alle Arbeitnehmer, die 5460 Rand oder weniger im Jahr verdienen. Ausgeschlossen sind Hausangestellte und Gelegenheitsarbeiter.

UDSSR

Alle Arbeitnehmer und Studenten.

USA

Eine einheitliche Gesetzgebung besteht nicht. 1968 bestanden 54 verschiedene Unfallversicherungsprogramme in 49 Staaten und in Puerto Rico, zusätzlich 3 Bundesprogramme für Angestellte der Bundesregierung, für Küstenfischer und Hafenarbeiter, ferner im District of Columbia für privat Beschäftigte.

In keinem Bundesstaat werden alle Berufstätigen geschützt.

In 25 Staaten werden Beschäftigte in Betrieben bis zu einer bestimmten Anzahl von Arbeitnehmern ausgeschlossen. Diese Zahl liegt zwischen weniger als 2 (in 2 Bundesstaaten) und weniger als 15 (in einem Bundesstaat).

In 22 Staaten werden Arbeiter in der Landwirtschaft geschützt.

Die häufigsten Ausnahmen sind: Hausangestellte (5/6 der Staaten), Gelegenheitsarbeiter (4/5 der Staaten) und häufig auch Beschäftigte bei gemeinnützigen und religiösen Gesellschaften (nur in 9 Staaten geschützt).

In einigen Staaten werden nur bestimmte gefährliche oder außergewöhnlich gefährliche Beschäftigungen in den Versicherungsschutz einbezogen.

Der Schutz von Arbeitnehmern beim Staat und öffentlich-rechtlichen Gesellschaften unterscheidet sich von Bundesstaat zu Bundesstaat oder auch innerhalb der einzelnen Staaten von Stadt zu Stadt oder auch innerhalb einzelner Abteilungen des öffentlichen Dienstes.

Insgesamt besteht ein Versicherungsschutz für etwa 4/5 aller Lohn- und Gehaltsempfänger (nach 49).

Hinsichtlich des geschützten Personenkreises bestehen auch unter den Industrienationen noch beträchtliche Unterschiede. So gibt es Unfallversicherungssysteme, die nicht weiter entwickelt worden sind und noch so bestehen wie am Beginn der ersten Gesetzgebungen. Diese Systeme, in denen nur Personen in bestimmten Betrieben oder bei gefährlichen Arbeiten versichert sind, finden sich ebenso in vielen Ländern, die noch am Beginn der Industrialisierung stehen.

Die weiter entwickelten Systeme anderer Länder beziehen in die Unfallversicherung ohne Ausnahme alle Arbeitnehmer, Praktikanten, Lehrlinge, Studenten und Schüler ein. Teilweise sind auch die Selbständigen mitversichert. Der Unfallschutz ist damit

von der Bindung an die Lohnarbeit gelöst, es besteht aber eine Bindung an ein Ausbildungsverhältnis. In der BRD, DDR, Norwegen, Großbritannien und der UDSSR sind Studenten und teilweise auch Schüler versichert. In der BRD werden ab 1.4.71 auch Kinder, die einen Kindergarten besuchen, in die Unfallversicherung miteinbezogen. In der Schweiz erstreckt sich der Versicherungsschutz auch auf Unfälle, die in der Freizeit geschehen (in der Landwirtschaft jedoch nur auf Betriebsunfälle). In Schweden besteht die Möglichkeit, eine Zusatzversicherung gegen Unfälle außerhalb der Arbeitszeit abzuschließen.

Auffallend ist, daß in den USA als einem sehr hoch industrialisiertem Staat der Versicherungsschutz noch große Lücken aufweist.

Im einzelnen werden die Arbeitnehmer nach folgenden Kriterien unfallversichert.

- a) Sämtliche Erwerbstätige einschließlich der Selbständigen in der CSSR, Österreich.
- b) Sämtliche Arbeitnehmer mit teilweisem Einschluß der Selbständigen:
in der BRD, DDR, Frankreich, Luxemburg, Polen.
- c) Sämtliche Arbeitnehmer:
in Belgien, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Schweden und UDSSR.
- d) Nach dem Wirtschaftszweig oder der Art des Betriebes (z.B. Anzahl der Arbeitnehmer, Herstellung bestimmter Stoffe, Verwendung von Kraftmaschinen) in: Argentinien, China, Italien, Japan, Schweiz, USA.
- e) Nach dem Beruf:
Vielfach sind bestimmte Berufe wie Landarbeiter, Hausangestellte und Büroangestellte ausgeschlossen, so in Australien, Kanada, Südafrika, USA.
- f) Nach der Dauer der Arbeitszeit (Teilzeit) oder der Tätigkeit (Gelegenheitsarbeit):

Gelegenheitsarbeiter sind in Kanada, Südafrika und den meisten Staaten der USA nicht versichert.

g) Nach dem Arbeitsplatz:

Heimarbeiter sind in Australien, Belgien, Japan und den USA nicht versichert.

h) Nach dem Verdienst:

In Australien und Südafrika werden Personen, die mehr als ein festgelegtes Einkommen erzielen, von der Versicherung ausgenommen.

Die hier angeführten Ausnahmen besagen allerdings nicht, daß Angehörige der o.a. Gruppen nicht versichert werden können. In vielen Ländern besteht für sie die Möglichkeit des freiwilligen Beitritts zu einer gesetzlichen Unfallversicherung.

2.20 Die Versicherungssysteme

2.21 Es gibt Staaten, in denen lediglich eine Unfallhaftpflicht des Arbeitgebers festgelegt ist. Dabei kann vom Arbeitgeber verlangt werden, daß er einen Reservefond anlegt, eine Kautions stellt, eine private Haftpflichtversicherung abschließt, oder auch einer öffentlichen Versicherung beitrifft. In einigen Ländern übernimmt auch der Staat eine Garantie für eventuelle Zahlungen.

Solche Systeme bestehen in:

Argentinien: Arbeitgeber kann eine private Haftpflichtversicherung abschließen.

Australien: In den einzelnen Territorien unterschiedlich.

Belgien: Freiwillige Versicherung mit privatem Träger. Nichtversicherte Arbeitgeber müssen zu einem besonderen Garantiefond beitragen.

In 24 Bundesstaaten der USA bestehen Wahl-Versicherungsgesetze. Ein Arbeitgeber kann sich zwischen dem Beitritt zu einer Versicherungsgesellschaft oder der Übernahme der Risiken der Beschäftigungsgefahr auf eigene Kosten entscheiden. Lehnt der Arbeitgeber den Versicherungsbeitritt ab,

dann verliert er die gesetzlichen Einreden, der Unfall sei durch das allgemeine Arbeitsrisiko (assumption of risk) bedingt oder auf die Unachtsamkeit eines Arbeitskollegen (negligence of fellow servants), oder auf Verschulden des Verletzten selbst (contributory negligence) zurückzuführen. Die meisten Gesetze bestimmen, daß der Arbeitnehmer solange einer Versicherung als beigetreten gilt, bis er eine gegenteilige Erklärung abgibt. Viele Staaten verlangen außerdem vom Arbeitgeber den Nachweis, daß er eventuelle Leistungen erbringen kann (Nach 49).

Die o.a. 24 Bundesstaaten lauten: Alabama, Colorado, Florida, Georgia, Indiana, Iowa, Kansas, Kentucky, Louisiana, Maine, Missouri, Montana, Nebraska, New Jersey, New Mexico, North Carolina, Oregon, Pennsylvania, South Carolina, South Dakota, Tennessee, Texas, Vermont, West Virginia (in 11, S. 67, nach The American Workers Fact Book).

2.22 In den meisten anderen Staaten besteht jedoch Versicherungszwang im Rahmen von Sozialversicherungssystemen. An Stelle des einzelnen Arbeitgebers haftet der Staat in der Regel in der Form selbständiger, zweckbedingter öffentlich-rechtlicher Körperschaften, deren Mittel ausschließlich von den Arbeitgebern aufgebracht werden. Innerhalb dieser Sozialversicherungssysteme bestehen verschiedene Organisationsformen für die Versicherungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Der Organisationsform nach bestehen:

- a) autonome Systeme, die mit keinem anderen Zweig der Sozialversicherung verknüpft sind:
In BRD, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz und Bundesstaaten der USA, Dänemark, Norwegen, China, Südafrika.
- b) Zweige von umfassenden Sozialversicherungssystemen, die Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zusammen mit anderen Leistungen gewähren, aber für Einnahmen und Ausgaben dieser Sparte ein getrenntes Konto

führen.

Dieses System besteht in Frankreich im Rahmen der Sécurité Sociale (Es bestehen aber Sonder-systeme für Berg- und Seeleute, Eisenbahner und landwirtschaftliche Arbeitnehmer).

Auch in Großbritannien besteht ein besonderer Versicherungszweig: die Industrial Injuries Insurance, die jedoch eng mit dem staatlichen Gesundheitsdienst: National Health Service, zusammenarbeitet und außerdem von den Dienststellen des Ministeriums für Renten und staatliche Versicherung verwaltet wird.

c) Allgemeine Systeme der Sozialversicherung.

Bei diesen besteht kein Unterschied in der Versorgung von berufs- und nicht berufsbedingten Unfällen. Jedoch sind hier die Leistungen bei Arbeitsunfällen u.U. höher. Solche Systeme bestehen in der DDR (es sind dort jedoch wieder Sondersysteme für Bauern, Handwerker, Selbständige, Bedienstete bei Bahn und Post, für Ärzte und Angehörige der sog. Intelligenz geschaffen worden), in den Niederlanden, in Polen (hier bestehen besondere Systeme für Bergarbeiter und Eisenbahner, für Militär und Polizei), in der Tschechoslowakei (hier bestehen besondere Systeme für landwirtschaftliche Kollektive, selbständige Landwirte und andere Selbständige) und in der UDSSR (es bestehen besondere Systeme für Kolchosen, Handwerker-Kollektive).

Im Rahmen dieser Arbeit wird nicht auf die in fast allen Industriestaaten vorhandenen besonderen Systeme der Beamten- und Soldatenversorgung eingegangen. Wenn besondere Systeme für bestimmte Berufsgruppen erwähnt werden, so werden diese im Kapitel "Leistungen" - allein schon aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht abgehandelt.

2.30 Der Versicherungsfall

Der einzelne Versicherungsfall ist ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit, die eine Person erleidet. In einigen Ländern gilt statt "Arbeitsunfall" der Begriff "Betriebsunfall". In Schweden gilt der "Berufsschaden (Yrkesskada)" als Versicherungsfall. Als Versicherungstatbestand gelten die Folgen dieser Ereignisse: Erkrankung, Invalidität oder der Tod.

Damit eine Entschädigung geleistet werden kann, ist in allen Staaten, die kein allumfassendes Sozialversicherungssystem besitzen, eine Anerkennung des Versicherungstatbestandes als ein durch die Arbeit unmittelbar oder mittelbar eingetretenes Ereignis notwendig. Diese Anerkennung setzt eine Definition des Begriffs "Arbeitsunfall" voraus. Ebenso muß der Begriff "Berufskrankheit" definiert werden. Auch in einigen Ländern mit Sozialversicherungssystemen nach 2.22 c) bestehen Definitionen, da von der Anerkennung als durch die Arbeit bedingte Schädigung höhere Leistungen abhängig sein können.

2.31 Definition des Arbeitsunfalls

Argentinien: Ein Unfall "während der Beschäftigung... infolge der Arbeit oder in Zusammenhang mit ihr" gilt als Arbeitsunfall (22, S. 44).

Australien: In den meisten Bundesstaaten wird vorausgesetzt, daß der Unfall infolge oder während der Arbeit eingetreten sein muß.

Belgien:

Als Arbeitsunfall gilt ein Unfall, der im Laufe und durch die Tatsache der Ausführung des Arbeitsvertrages entsteht. Ein Unfall, der sich im Laufe der Ausführung des Vertrages ereignet, wird durch die Tatsache dieser Ausführung bis zum Beweis des Gegenteils als Arbeitsunfall unterstellt (10, nach Section 2, § 3 + 4).

Nach der Rechtsprechung ist ein Unfall ein auf plötzlicher äußerer Einwirkung beruhendes, überraschendes und ungewöhnliches Ereignis (16).

BRD

In § 548 der Reichsversicherungsordnung ist bestimmt:

"Arbeitsunfall ist ein Unfall, den ein Versicherter bei einer in den §§ 539, 540 und 543 bis 545 RVO genannten Tätigkeiten erleidet."

In § 539 RVO ist der Kreis der Versicherten umschrieben, nach § 540 RVO sind auch Gefangene versichert. Durch die §§ 543 bis 545 RVO wird der Umfang der Versicherungen auf Unternehmer, Besucher eines Unternehmens und Mitglieder von Organen und Verbänden des Versicherungsträgers ausgedehnt. Der Begriff des Unfalls ist gesetzlich nicht definiert. Nach herrschender Ansicht wird darunter ein von außen auf den Menschen einwirkendes, körperlich schädigendes, plötzliches, d.h. zeitlich begrenztes Ereignis verstanden (56, S. 435).

Als plötzliches, zeitlich begrenztes Ereignis ist auch ein Ereignis anzusehen, das sich in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, längstens aber in einer Arbeitsschicht abspielt.

CSSR

Der Unfall muß bei der Arbeit oder auf dem Wege von und zur Arbeit oder in Zusammenhang mit der Arbeit eingetreten sein (vgl. 6, Nr. 3 1960).

In Dänemark gilt: Erleidet eine nach dem Gesetz versicherte Person einen Unfall ...

(§ 1, Abs. 1 des Lov om Forsikring med følger af ulykkestilfælde vom 26.4.68)

Eine gesetzliche Festlegung des Unfallbegriffs besteht nicht. Nach allgemeiner Definition versteht man darunter ein von außen kommendes, vom Willen des Versicherten unabhängiges, plötzlich eintretendes Ereignis, das eine schädliche Einwirkung auf den Gesundheitszustand des Betroffenen zur Folge hat.

Weiter heißt es nach § 1 Abs. 2: Zugleich mit dem Unfall werden schädliche Einwirkungen von höchstens einigen Tagen gerechnet, durch die angeschuldigte Arbeit oder in Zusammenhang damit (...skadelige påvirkninger af højst nogle få dages varighed..).

DDR

"Ein Betriebsunfall ist ein durch äußere Einwirkungen verursachtes, vom Betroffenen nicht beabsichtigtes, mit der betrieblichen Arbeit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängendes Ereignis, das, meist plötzlich, längstens innerhalb einer Arbeitsschicht, eine Körperschädigung oder Tod zur Folge hat" (36).

Frankreich

... Unfall infolge oder während der Arbeit eingetreten (21), gleich welcher Ursache.

Großbritannien

Als Arbeitsunfall wird eine Verletzung angesehen, die durch und im Laufe (arising out of and in the course of) der Beschäftigung einer Person entsteht (22). Als Unfall gilt allgemein ein unvorhergesehenes Unglück oder Mißgeschick, das weder erwartet, noch absichtlich hervorgerufen wird. Inzwischen gelten durch Auslegung auch Überanstrengung sowie mehrere unerwartete Ereignisse als Unfallursache. Ebenso wird eine plötzliche innere Verletzung als mögliche Unfallursache der äußeren Verletzung gleichgestellt (21, S. 43). Bei Vorliegen eines Unfallereignisses wird der Kausalzusammenhang mit der betrieblichen Tätigkeit bis zum Beweise des Gegenteils stets vermutet (Accidents...are treated as having arisen out of it unless there is evidence to the contrary).

Italien

Hier gilt: Ein Unfall auf Grund einer plötzlichen Einwirkung in Zusammenhang mit der Tätigkeit (57) ist ein Arbeitsunfall.

Japan

Die Entschädigung ist von der Bedingung abhängig, daß der Arbeitnehmer "infolge der Erfüllung der Dienstpflicht" verletzt wurde (21, S. 44).

In Kanada tritt der Versicherungsfall ein, wenn ein Arbeiter während oder infolge seiner Beschäftigung einen Unfall erlitten hat.

Der Begriff "Unfall" umfaßt nach den meisten Provinzvorschriften auch eine bewußte und absichtliche Handlung einer anderen Person als des Arbeiters und ein durch eine physische oder natürliche Ursache hervorgerufenen zufälliges (in 2 Provinzen: unglückliches) Ereignis.

Luxemburg

Unfall auf Grund oder in Zusammenhang mit der Beschäftigung (57).

Niederlande

Ein spezielles Unfallversicherungsgesetz besteht seit dem 1.7.67 nicht mehr. Es wird die Arbeitsunfähigkeit (arbeidsongeschiktheid) unabhängig von der Ursache wie Krankheit, Unfall, Gebrechlichkeit oder Berufskrankheit entschädigt. Nach § 1 des Gesetzes (59) gilt als arbeitsunfähig - ganz oder teilweise - derjenige, der infolge von Krankheit oder Gebrechen außerstande ist, mit seiner Arbeit, die ihm nach seiner Fähigkeit und Geschicklichkeit (krachten en bekwaamheid) und bezogen auf seine Ausbildung und früheren Beruf billigerweise zugemutet werden kann, an der Stelle, an der er seine Arbeit leistet oder zuletzt geleistet hat oder an einer naheliegenden ähnlichen Stelle dasjenige zu verdienen, das körperlich und geistig gesunde Personen von der selben Art (soort) und Ausbildung an derartigen Arbeitsplätzen gewöhnlich verdienen.

Norwegen

Der Arbeitsunfall muß sich während der Arbeit, in den Arbeitsstunden und am Arbeitsplatz ereignet haben (nach 48).

Österreich

Arbeitsunfälle sind nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) "Unfälle, die sich im örtlichen, zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit der Beschäftigung ereignen, für welche jemand versichert ist" (§ 175 Abs. 1 ASVG).

Schweden

Nach dem Gesetz über Berufsschadensversicherung (27) rechnen zum Berufsschaden nach § 6 a Schäden als Folge eines Unglücksfalles bei der Arbeit, die die betreffen, die gegen Bezahlung in Industrie, Handwerk usw. arbeiten. Voraussetzung für eine Entschädigung ist, daß der Unglücksfall in innerem Zusammenhang mit den schädigenden Arbeiten (skadades arbete) steht. Ein Unglücksfall wird allgemein als ein plötzliches, zeitlich stark konzentriertes Ereignis wie Sturz und Erdrutsch, Explosion, Schlag usw. verstanden (nach 47).

Schweiz

Als Betriebsunfall gilt eine von außen hervorgerufene Schädigung des menschlichen Körpers, durch ein kurzzeitig einwirkendes außergewöhnliches Ereignis von großer Intensität, das durch jede Form von Materie und Energie hervorgerufen werden kann (18). In Art. 67 des Bundesgesetzes vom 13.6.1911 wird der Betriebsunfall dahin definiert:

"... Als Betriebsunfälle gelten diejenigen Körperverletzungen, die einem Versicherten zustoßen

- a) bei einer Arbeit, die er im Auftrage des Inhabers des die Versicherung bedingenden Betriebes oder seiner Organe ausführt;
- b) bei einer Verrichtung, die zur mittelbaren oder unmittelbaren Förderung des Betriebszwecks bestimmt ist und zu der der Versicherte das Einverständnis des Betriebsinhabers oder seiner Organe voraussetzen darf;
- c) während der Arbeitspausen, sowie vor Beginn und nach Beendigung der Arbeit, wenn der Versicherte sich befugterweise auf der Betriebsstätte oder im Bereich der Betriebsgefahren befindet" (26).

UDSSR

Jeder Unfall, der sich im Zusammenhang mit der Arbeit ereignet.

USA

Hier gelten für die einzelnen Bundesstaaten verschiedene Gesetze. In den meisten Staaten gilt die Formel "infolge und im Laufe" der Beschäftigung (injuries, which arise out of and/or in the course of gainful work). Die Fassung "oder im Laufe" gilt nur in Utah.

In den Staaten Norddakota, Pennsylvania, Texas und Washington ist nur erforderlich, daß der Unfall "im Laufe der Beschäftigung" eingetreten sein muß (21, S. 44).

In Wisconsin lautet die Definition: ... während einer zu seiner Beschäftigung gehörenden oder mit ihr zusammenhängenden Dienstleistung erlitten hat.

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß die Schädigung, falls sie als Arbeitsunfall anerkannt werden soll, in irgendeiner Weise mit der Arbeit zusammenhängen muß (ausgenommen in den Niederlanden, da dort auch keine besondere Anerkennung erforderlich ist). Dies gilt auch für die Staaten des Ostblocks, weil dort die Leistungen für entschädigungspflichtige Fälle, die durch berufliche Tätigkeit entstanden sind, erhöht werden.

Die Beziehung zur Arbeit kommt auch in der Empfehlung Nr. 67 des Internationalen Arbeitsamtes von 1944 zum Ausdruck. "Der Fall, in dem eine Entschädigung bei einem Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit gewährt werden sollte, besteht in einer Verletzung oder einer Krankheit, die sich aus der Berufsausübung ergeben hat und vorübergehende oder dauernde Erwerbsunfähigkeit oder den Tod herbeiführt" (21, S. 42).

In der Definition des Arbeitsunfalls findet sich in den meisten Ländern in der Regel eine dreifache Beziehung zur Arbeit: 1.) Die Ursache (meist ein

außergewöhnliches, plötzlich von außen einwirkendes Ereignis, das ursächlich mit der Arbeit in Zusammenhang steht), 2.) Die Zeit (entsprechend der Arbeitszeit) und 3.) Der Ort (der Arbeitsort oder -platz).

In einigen Staaten ist der ursächliche Zusammenhang des Unfallereignisses mit der Arbeit insofern aufgegeben worden, als die Schädigung nicht mehr durch die Arbeit, sondern nur noch während der Arbeit eingetreten sein muß (z.B. in Kanada und Frankreich: infolge oder während der Arbeit).

In einigen Bundesstaaten der USA wird auf die Ursache überhaupt nicht Bezug genommen; dort heißt es lediglich: Die Schädigung (oder körperliche Schädigung), die eine Person erlitten hat.

Der Begriff des Arbeitsunfalls ist mitunter dadurch aufgelockert, daß die strenge Bindung an den Arbeitsort und die Arbeitszeit aufgegeben worden ist.

Wegeunfälle, d.h. Arbeitsunfälle auf dem Weg von und zur Arbeitsstätte sind miteinbezogen, sofern sie nach der durch die Definition gegebene Formel: "Infolge oder in Zusammenhang mit der Arbeit" nicht schon entschädigt werden.

Vor 1925 sind diese Wegeunfälle schon ausdrücklich durch Gesetze in Australien (Queensland), der CSSR, Österreich und Schweden von der Versicherung mitumfaßt worden (21, S. 45). Im Deutschen Reich wurde 1925 der § 550 in die RVO mit folgender Fassung eingefügt: "Als Arbeitsunfall gilt auch ein Unfall auf einem mit einer der in den §§ 539, 540 und 543 bis 545 RVO genannten Tätigkeiten zusammenhängenden Weg nach und von dem Ort der Tätigkeit." Nach § 548 RVO gilt als Wegeunfall auch ein Unfall auf einem Weg zu einem Geldinstitut, um den überwiesenen Lohn abzuheben.

Außer in Norwegen und soweit festzustellen auch in China werden in allen in dieser Arbeit abgehandelten Ländern Wegeunfälle als Arbeitsunfälle entschädigt. In Italien allerdings nur bei unvermeid-

barer Benutzung extrem langer oder schlechter und gefährlicher Wege, beim Transport schwerer Arbeitsgeräte, Fahrt mit Hafenbooten und mit unternehmereigenen Sammeltransporten.

In Großbritannien und den USA gilt die wesentliche Einschränkung: Nur bei Fahrt mit einem vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Transportmittel. Auf Grund von Gesetzen oder Gerichtsentscheidungen werden in vielen Ländern die Unfälle beim Einnehmen von Mahlzeiten oder Erfrischungen während der Arbeitspausen in der Firmenkantine, in Gaststätten oder auch zu Hause einem Arbeitsunfall gleichgestellt (z.B. in Belgien, BRD, Österreich und Schweden, in Frankreich auch bei Mahlzeiten unmittelbar nach der Arbeitszeit).

Eine weitere Ausdehnung erhielt der Begriff des Arbeitsunfalls in einer Reihe von Staaten darüber hinaus, daß auch Tätigkeiten, die mit der eigentlichen Lohnarbeit nichts zu tun haben, in den Versicherungsschutz ausdrücklich einbezogen wurden. In der BRD sind z.B. nach § 539 Abs. 9 RVO unter anderem einbezogen:

Personen, die

- a) bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not Hilfe leisten oder einem anderen aus gegenwärtiger Lebensgefahr oder erheblich gegenwärtiger Gefahr für Körper oder Gesundheit zu retten unternehmen,
- b) einem Bediensteten des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder einer anderen Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, der sie zur Unterstützung bei einer Diensthandlung heranzieht, Hilfe leisten,
- c) sich bei Verfolgung oder Festnahme einer Person, die einer strafbaren Handlung verdächtig ist, oder zum Schutz eines widerrechtlich Angegriffenen persönlich einsetzen.

Nach § 539 Abs. 10: Blutspender und Spender körpereigener Gewebe.

In Dänemark umfasst nach § 3 des Unfallversicherungsgesetzes die Versicherung Unglücksfälle, die beweisbar zurückgehen auf den Versuch des Versicherten, Menschenleben zu retten, Unglücksfälle zu verhindern oder bei der Abwehr von größeren materiell-

len oder kulturellen Schäden am oder außerhalb des Arbeitsplatzes.

In Großbritannien zählen zu den Arbeitsunfällen Unfälle, die sich aus dem Zusammentreffen mit Notfällen, z.B. Rettungsarbeiten, ergeben, die auf jedem Grundstück, das für das Geschäft des Arbeitgebers genutzt wird, entstehen. In Kanada wird ein Unfall durch vorsätzliche Handlung, die nicht durch den Arbeitgeber begangen wird, oder durch ein zufälliges, durch eine physische oder natürliche Ursache hervorgerufenes Ereignis entschädigt. In Österreich werden den Arbeitsunfällen Unfälle bei folgenden Tätigkeiten gleichgestellt: Bei Betriebsversammlungen oder einer Tätigkeit als Mitglied des Betriebsrates, bei der Rettung eines Menschen aus tatsächlicher oder vermuteter Lebensgefahr oder dem Versuch einer solchen Rettung, bei der Suche nach vermißten Personen, bei der Hilfeleistung in sonstigen Unglücksfällen sowie bei Tätigkeiten, die vorübergehend auf Grund gesetzlicher Verpflichtung oder im Auftrage oder mit ausdrücklicher Zustimmung der zuständigen Verwaltungsbehörden ausgeübt werden. Außerdem werden Unfälle beim Blutspenden nach § 176 ASVG entschädigt.

In Polen wird der Schutz u.a. auf Funktionen und Tätigkeiten im Auftrag politischer Organisationen, der Gewerkschaften und anderer freiwilliger Organisationen, organisierte freiwillige Tätigkeiten oder Tätigkeiten, die von staatlichen Organen als Feldbestellungs- oder Erntehilfe angeordnet werden, oder Tätigkeiten zur Erhaltung der Ernten, Hilfeleistung an Opfer eines Überfalls oder bei der Ergreifung von Personen, die einer Gesetzesübertretung verdächtig sind, ausgedehnt.

In der UDSSR sind Unfälle im Zusammenhang mit der Ausführung besonderer Aufgaben der Staats-, Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen, auch wenn diese

Aufgaben in keiner Weise mit dem Betrieb oder der Organisation zusammenhängen, in der der Betreffende beschäftigt ist, versichert. Außerdem werden Unfälle bei der Ausübung der Pflicht des Bürgers, die sozialistische Rechtsordnung sowie Handlungen, um das sozialistische Eigentum zu schützen, in die Definition des Arbeitsunfalls mitbezogen.

2.32 Berufskrankheiten

Eine weitere Ausdehnung des Versicherungsschutzes erfolgte durch die Einbeziehung von Berufskrankheiten. Diese werden in allen in dieser Arbeit abgehandelten Ländern entschädigt. Als Voraussetzung für eine Entschädigung oder besondere Entschädigung gilt - ebenso wie bei den Arbeitsunfällen - die Anerkennung einer Krankheit (oder eines Körperschadens) und deren eventuellen Folgen als Berufskrankheit, d.h. durch die Besonderheiten der Berufstätigkeit verursacht. Auch hier wird der Begriff "Berufskrankheit" in den einzelnen Industrienationen unterschiedlich definiert oder festgelegt. In einigen Ländern ergibt sich eine solche Definition aus derjenigen des Arbeitsunfalls, wenn es z.B. heißt: ... eine Schädigung im Laufe oder infolge der Arbeit. In anderen Staaten bestehen genaue Definitionen.

Argentinien

Jede Erkrankung, die durch die berufliche Beschäftigung des Arbeiters oder Angestellten hervorgerufen wird, gilt als Berufskrankheit.

Australien (Victoria)

Eine Erkrankung wird wie das Eintreten eines Unfalls behandelt, wenn diese Erkrankung Invalidität oder Tod zur Folge hat und sie der Natur einer Beschäftigung zuzuschreiben ist.

BRD

§ 551 (Abs. 1) RVO bestimmt: "Als Arbeitsunfall gilt ferner eine Berufskrankheit. Berufskrankheiten

sind die Krankheiten, welche die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bezeichnet und die ein Versicherter bei einer der in den §§ 539, 540 und 543 bis 545 genannten Tätigkeiten erleidet." (Gemeint sind also die gleichen Tätigkeiten wie sie für die Versicherung von Arbeitsunfällen gelten). Als Rechtsverordnung gilt z.Zt. die "Siebente Berufskrankheiten-Verordnung" vom 20.6.68 (BGBl I, S. 721/1968). Danach besteht eine Liste von 47 Berufskrankheiten oder Berufskrankheitsgruppen. Bei Infektionskrankheiten und Zoonosen besteht eine Beschränkung auf bestimmte Betriebe oder Tätigkeiten. Zwei Berufskrankheiten gelten nur im Bergbau (Nr. 39: Wurmkrankheit und Nr. 40: Augenzittern).

In § 551 (Abs. 2) RVO heißt es weiter: "Die Träger der Unfallversicherung sollen im Einzelfalle eine Krankheit, auch wenn sie nicht in der Rechtsverordnung bezeichnet ist oder die dort bestimmten Voraussetzungen nicht vorliegen, wie eine Berufskrankheit entschädigen, sofern nach neuen Erkenntnissen die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt sind."

Belgien

Es besteht eine Liste von Berufskrankheiten (Königlicher Erlass vom 28.3.69 und 28.5.69).

Dänemark

Hier gilt § 1 A des unter Nr. 28 zitierten Gesetzes: Das untenstehende Schema gibt Berufskrankheiten (erhvervssygdomme) an, die zur Entschädigung in Übereinstimmung mit diesem Gesetz berechtigen, sofern mit einer mittleren Wahrscheinlichkeit (rimelig sandsynlighed) angenommen werden kann, daß diese Berufskrankheiten und deren Folgezustände ausschließlich oder in überwiegendem Grad durch schädliche Einwirkungen der versicherten Arbeiten hervorgerufen werden oder in Zusammenhang damit stehen.

Es folgen dann 13 Punkte, in denen bestimmte Krankheiten und Krankheitsgruppen sowie deren mögliche Ursachen aufgezählt werden. Bei Infektionskrankheiten und Zoonosen bestehen Beschränkungen auf bestimmte Arbeitsplätze.

DDR

Nach der Verordnung über Melde- und Entschädigungspflicht bei Berufskrankheiten vom 14. Nov. 1957 sowie der 2. Durchführungsbestimmung vom 18. Sept. 1968 besteht eine Liste mit 41 Berufskrankheiten oder Berufskrankheitsgruppen. Einige davon sind auf bestimmte Betriebe oder Tätigkeiten beschränkt (z.B. Nr. 32: Schneeberger Lungenkrankheit oder Nr. 38: Infektionskrankheiten). (Gesetzblatt der DDR I, 1958, S. 1 mit Berichtigung S. 114 und GBl II, 1968, S. 821).

Frankreich

Die Berufskrankheiten sind in Tabellen (Tableaux) beschrieben. Es bestehen 48 Tafeln, in denen schädigende Stoffe oder Symptome einer Krankheit aufgeführt sind. Für einige Krankheiten bestehen Beschränkungen auf bestimmte Betriebe oder Tätigkeiten. Außerdem bestehen zwingende vorgeschriebene Fristen für die Zeit zwischen Ende der Einwirkung der Krankheitsursachen und Feststellung der Krankheiten oder bestimmter Symptome (Delai de prise en charge). Ein Arbeitnehmer hat aber, auch wenn er nicht in einem in den Tabellen aufgeführten Beruf (Liste indicative) tätig ist, das Recht auf Anwendung der "Presomption d'origine". Zur Anerkennung als Berufskrankheit genügt also die bloße Vermutung eines Zusammenhangs der festgestellten Krankheitssymptome mit der beruflichen Tätigkeit des Versicherten.

Großbritannien

"Eine Krankheit oder Verletzung im Sinne dieses Teils des Gesetzes liegt in Bezug auf eine versicherte Person dann vor, wenn der Minister sich versichert hat, daß

a) sie in Anbetracht ihrer Ursachen und Häufigkeit sowie jeder anderen maßgeblichen Erwägung nicht als allen Personen gemeinsame Gefährdung, sondern als Berufsrisiko behandelt werden sollte, und
b) sie von solcher Beschaffenheit ist, daß beim Fehlen besonderer Umstände der Zusammenhang der einzelnen Erkrankungsfälle mit der Natur der Beschäftigung mit hinreichender Gewißheit festgestellt oder angenommen werden kann" (21, S. 51).
Es besteht eine Liste mit 45 Giftstoffen oder benannten Erkrankungen. Bei einigen sind Beschränkungen auf bestimmte Berufe oder Betriebe, in denen diese Stoffe gehandhabt werden, festgelegt. Für Pneumoconiosis, Byssinosis und "Farmer's lung" gelten Sonderregelungen.

Italien

Nach dem Gesetz vom 25.9.52 liegt eine Liste mit 40 Berufskrankheiten vor, hinzu kommen Spezialregelungen für Silikose und Asbestose. Es besteht eine strenge Begrenzung auf die in der Liste aufgeführten Beschäftigungsarten.

Luxemburg

Es besteht eine Liste von 35 Berufskrankheiten oder schädigenden Agentien. (Erlaß vom 26.5.1965). Außerdem kann jede Krankheit, für die der Nachweis beruflichen Ursprungs geführt wird, vom leitenden Ausschuß des Unfallversicherungsverbandes zur Entschädigung zugelassen werden.

Österreich

Dem § 177 des ASVG liegt eine Liste mit 39 Berufskrankheiten oder deren Gruppen an. Bei einigen davon liegt eine Beschränkung auf bestimmte Betriebe oder Tätigkeiten vor (z.B. Nr. 30: Asthma bronchiale oder Nr. 38: Infektionskrankheiten und Nr. 39: Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten).

Schweden

Nach § 6 des Gesetzes über die Berufsschadensver-

sicherung werden als Berufsschäden diejenigen Schäden angesehen, die sowohl durch die Arbeit oder durch Einwirkungen von Stoffen oder strahlender Energie verursacht werden, sowie (Abs. c) ... nach Maßgabe des Königs derartig beschriebene Schäden, wie sie anders als durch Unfälle oder stoffliche Einwirkungen von einseitiger, ungewohnter oder außergewöhnlich anstrengender Bewegung oder von andauernden Einwirkungen wie z.B. Druck oder Vibrationen von Maschinen herrühren. Ferner werden angeführt: Sonnenstich, Hitzschlag, Erfrierung, Verbrennung und mechanische Einwirkung.

Schweiz

Nach dem Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (KUVG) wird einem Betriebsunfall eine Erkrankung gleichgestellt, wenn sie in einem die Versicherung bedingenden Betriebe ausschließlich oder vorwiegend infolge Einwirkung eines in einer bundesrätlichen Verordnung bezeichneten Stoffes entstanden und seit dem Tage der Aufnahme desselben in dieses Verzeichnis ausgebrochen ist. Solche Erkrankungen bezeichnet das Gesetz gemäß Marginale zu Art. 68 KUVG als Berufskrankheit. Sie werden als anatomische Veränderungen, physische oder psychische Störungen, die auf eine nicht beabsichtigte, an sich nicht außergewöhnliche, jedoch während längerer Dauer anhaltende Einwirkung einer bestimmten Substanz, die in einem die Versicherung bedingenden Betrieb zurückzuführen sind, beschrieben (18). Die Verordnung über Berufskrankheiten vom 27. Aug. 1968 enthält 114 chemische Substanzen ("Giftliste") sowie 16 berufliche Erkrankungen oder Krankheitsgruppen.

USA

Wie bei den Arbeitsunfällen gelten auch hier in den einzelnen Bundesstaaten unterschiedliche Regelungen, z.B. in Connecticut: "... eine für den Beruf typische Erkrankung aus Ursachen, die über das normale Arbeitsrisiko hinausgehen." Oder

(Washington): "... eine Erkrankung oder Infektion, die sich zwangsläufig und unmittelbar aus einer besonders gefährlichen Beschäftigung ergibt."

In den meisten Staaten der USA gibt es keine allgemeine Definition. Es wird jede Krankheit, die nachweisbar (bestimmter Wahrscheinlichkeitsgrad) durch die Arbeit oder die Bedingungen, unter denen sie verrichtet wird, verursacht wurde, als Berufskrankheit anerkannt.

Insgesamt lassen sich die Methoden zur Erfassung von Berufskrankheiten wie folgt einteilen:

- 1.) Methode der allgemeinen Erfassung,
- 2.) Verzeichnis- oder Listen-Methode,
- 3.) Gemischte Methode.

Zu 1.) Das System der allgemeinen Erfassung beruht auf dem Grundsatz, daß jede Krankheit, deren beruflicher Ursprung nachgewiesen wird, als Berufskrankheit anerkannt wird. Die Beweislast liegt rechtlich bei dem Geschädigten; in der Praxis obliegt der Beweis jedoch dem behandelnden Arzt, einer Ärztekommision oder anderen Sachverständigen. In dieser Art des Verfahrens liegt der Vorteil darin, daß jede Schädigung, die in einem bestimmten Wahrscheinlichkeitsgrad beruflich bedingt ist, auch als Berufskrankheit anerkannt wird. Der Nachteil des Verfahrens liegt darin, daß ein Beweis u.U. nicht zu erbringen ist oder daß bis zur Anerkennung ein sehr langdauerndes und auch kostspieliges Untersuchungsverfahren abläuft.

Solche Systeme der allgemeinen Erfassung bestehen in Argentinien, 5 Staaten Australiens, den meisten Bundesstaaten der USA.

Zu 2.) Verzeichnis- oder Listenmethode

In diesem System werden einzelne Krankheiten, ihnen entsprechende Berufe, Verfahren oder Arbeitsvorgänge listenmäßig aufgezählt, bei denen der Arbeitnehmer bestimmten Giften oder anderen schädlichen Stoffen ausgesetzt ist oder mit ihnen umzugehen hat. In den Listen der Berufskrankheiten werden häufig

die Krankheitsursachen (chemische, physikalische oder andere Einwirkungen und Mikroorganismen) aufgeführt oder es werden bestimmte Krankheiten beschrieben (z.B. Augenzittern der Bergleute, Asbestose, Silikose, Dermatosen usw.) oder es werden - wie in Frankreich - Krankheitssymptome angegeben.

Bei der Verzeichnismethode läßt sich das offene von dem geschlossenen System unterscheiden. Bei letzterem liegt die Liste der Berufskrankheiten als geschlossenes Verzeichnis vor, d.h. es besteht nicht die Möglichkeit, weitere Krankheiten oder Schädigungsmöglichkeiten aufzunehmen, ohne daß bestehende Rechtsvorschriften geändert werden müssen. Können jedoch weitere Krankheiten, Berufsgruppen u.a. auf die Liste gesetzt und damit den schon aufgeführten rechtlich gleichgestellt werden, dann handelt es sich um ein offenes System (z.B. in Großbritannien).

Eine geschlossene Liste mit Angabe der Stoffe, die zu einer Berufskrankheit führen können, besteht u.a. in der DDR, der Schweiz und der UdSSR.

In Frankreich werden pathologische Symptome oder Syndrome aufgeführt, von denen der Versicherte mindestens eines aufweisen muß. Mitunter werden in den Listen bestimmte Mindesteinwirkzeiten der krankmachenden Agentien aufgeführt, so bei Staublungenerkrankungen oder gewissen berufsbedingten Krebserkrankungen (Großbritannien).

In Frankreich, Italien und Kanada sind Fristen festgesetzt, innerhalb derer Ansprüche auf Anerkennung als Berufskrankheit nach Ende einer bestimmten Gefährdung angemeldet werden müssen (in Frankreich: Delai de prise en charge = Lastenübernahmefrist).

Der Vorteil der Verzeichnis-Methode besteht darin, daß die Beweislast der haftungsausfüllenden Kausalität entfällt. Es muß lediglich der Nachweis der

haftungsbegründenden Kausalität geführt werden, d.h. die spezifische Einwirkung und eventuell auch die Beziehung zu der Einwirkung in örtlicher oder zeitlicher Hinsicht an einem oder mehreren Arbeitsplätzen muß dargelegt werden können. Wenn diese Beziehungen vorhanden gewesen sind, wird eine Berufskrankheit anerkannt. Die häufigsten Berufskrankheiten werden somit erfasst, ohne daß der im einzelnen oft schwierige Nachweis geführt werden muß. Zeitraubende und teure Gutachten können vermieden werden.

Der Nachteil der Verzeichnis-Methode zur Erfassung von Berufskrankheiten liegt darin, daß nicht in der Liste aufgeführte Erkrankungen, auch wenn sie beweisbar durch die berufliche Tätigkeit hervorgerufen worden sind, nicht entschädigt werden können. Diesen Nachteil vermeidet die

Zu 3.) Gemischte Methode.

Bei diesem System gilt die Listen-Methode, gleichzeitig besteht aber die Möglichkeit - ohne Änderung des Verzeichnisses - Berufskrankheiten zu entschädigen, bei denen ein Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit wahrscheinlich ist. Der Vorteil besteht also darin, daß für die häufigen Berufskrankheiten der Beweis eines Kausalzusammenhangs nicht erbracht zu werden braucht, andere berufliche Erkrankungen jedoch nicht von einer Entschädigung ausgeschlossen werden.

Dieses System gilt in 2 Staaten Australiens, in 3 Provinzen Kanadas (Alberta, Brit. Columbia, Manitoba), in Japan, 4 Staaten der USA. In der BRD bestimmt § 551 Abs. 2 RVO: "Die Träger der Unfallversicherung sollen im Einzelfalle eine Krankheit, auch wenn sie nicht in der Rechtsverordnung bezeichnet ist oder die dort bestimmten Voraussetzungen nicht vorliegen, wie eine Berufskrankheit entschädigen, sofern nach neuen Erkenntnissen die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt sind."

2.40 Das Versicherungsverhältnis

Für den Arbeitgeber besteht in den Industriestaaten, in denen überhaupt eine Versicherungspflicht besteht, ein Beitragsverhältnis. Dadurch wird der Arbeitgeber in diesen Ländern bei einem in seinem Betrieb eingetretenen Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit von seiner persönlichen Haftung befreit. Diese Befreiung wird aber vielfach wieder aufgehoben, wenn der Unfall durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt wird.

Die Beiträge zur Versicherung werden in allen Ländern von den Arbeitgebern allein getragen. Unter Umständen gibt es Staatszuschüsse, z.B. für Studenten und Kinder. Die Höhe der Beiträge ist von der Lohnsumme abhängig oder richtet sich nach Gefahrentarifen für bestimmte Betriebe oder Wirtschaftszweige. In den Ländern mit einheitlichen Sozialversicherungssystemen ist eine Unterteilung der Beiträge auf einzelne Versicherungszweige ausgeschlossen.

Der Arbeitnehmer steht in einem Versicherungsverhältnis, das sich aus dem Versicherungszwang der Gesetzgebungen ergibt. Auf diesem Verhältnis beruht im Versicherungsfall der Anspruch auf Herstellung des ursprünglichen Zustands oder - wenn diese nicht möglich ist - auf Entschädigung. Aus dem Versicherungsverhältnis ergibt sich die Leistungspflicht der Versicherungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.

3.00 Medizinische Behandlung und Sachleistungen

In allen Industrienationen wird bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten freie ärztliche Behandlung und Krankenhausbehandlung sowie eine kostenlose Versorgung mit Hilfsmitteln und Medikamenten gewährt. Da in den meisten Staaten die gesetzliche Sozialversicherung der Träger der

Unfallversicherung ist, unterliegen die Leistungen den selben Einschränkungen - z.B. Selbstbeteiligung an den Kosten - wie sie in diesen Systemen auch bei nicht-berufsbedingten Krankheiten üblich ist. Eine Beschränkung der Leistungsdauer besteht bei den in dieser Arbeit behandelten Staaten mit Sozialversicherungssystemen nicht. Ferner besteht keine Begrenzung der Behandlungskosten.

In Australien wird die Gesamtsumme der medizinischen Leistungen auf 640 - 2500 \$ (gilt nicht für alle Territorien) begrenzt.

In China bestehen keine Versicherungsleistungen, der Arbeitgeber ist verpflichtet, für die Kosten der medizinischen Behandlung aufzukommen.

In Südafrika ist die Leistungsdauer auf 2 Jahre beschränkt.

In den USA werden in 11 Bundesstaaten die medizinischen Leistungen zeitlich oder nach Kosten oder nach beidem begrenzt. In einigen Staaten können Verlängerungen - jedoch nicht unbegrenzt - zugelassen werden. In 43 Staaten wird die medizinische Hilfe (medical aid) ohne irgendwelche Limitierungen gewährt. In nur 34 Bundesstaaten werden auch bei Berufskrankheiten volle medizinische Leistungen gezahlt.

3.10 Finanzielle Leistungen bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit

Argentinien

Die Wartezeit beträgt fünf Tage, das gilt nicht, wenn die Arbeitsunfähigkeit diese Zeit überschreitet. Gezahlt werden 100 % des Verdienstes (nach den letzten 12 Monaten) bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder bis zur Feststellung der dauernden Erwerbsunfähigkeit.

Australien

Keine Wartezeit, in Queensland jedoch 1 Tag.
75 % des Verdienstes in N.S. Wales, Tasmanien,

Queensland, South Australia, in den Programmen der anderen Staaten (Western Australia, Northern Territory, Victoria) feste Beträge von 17,50 bis 26 Austr. Dollar pro Woche. Zusätzlich 6 - 9 Dollar für die Ehefrau und 2,45 bis 3,50 Dollar für Kinder unter 16 Jahren, in N.S. Wales, Queensland und Tasmanien auch für ganztägig Studierende bis zum 21. Lebensjahr, Dauer unbeschränkt.

Belgien

Wartezeit: Keine.

80 % des zuletzt bezogenen Brutto-Arbeitsentgelts für die Dauer von 28 Tagen. Danach Erhöhung auf 90 % bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder der Feststellung einer dauernden Arbeitsunfähigkeit. Höchstsatz 200.000 bfrs. (1970), für Minderjährige 160.000 bfrs.

BRD

Keine Wartezeit.

Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber für sechs Wochen (im öffentlichen Dienst 26 Wochen). Nach Ablauf der sechsten Woche wird ein Verletztengeld (wie das Krankengeld der Sozialversicherung) gezahlt, dieses beträgt 75 % des Regellohns mit Familienzuschlägen bis zu 85 %, darf jedoch das Netto-Einkommen nicht überschreiten. (Der Regellohn entspricht dem regelmäßigen Bruttoarbeitsentgelt vor der Arbeitsunfähigkeit). Dauer bis zu 78 Wochen.

CSSR

Keine Wartezeit.

60 - 90 % des Verdienstes, je nach Art der ausgeübten Beschäftigung und Dauer der Beschäftigung in demselben Unternehmen (ein Stellenwechsel aus triftigen Gründen wird berücksichtigt). Höchstens 90 Kronen täglich.

Beschäftigungsdauer bis zu 1 Jahr: 60 % des Verdienstes,

1 - 5 Jahre: 70 %,
5 - 10 Jahre: 80 %,
über 10 Jahre: 90 %.

Kinderzulage wird auf die Dauer von ein bis zwei Jahren gezahlt.

Dänemark

Wartezeit: 3 Tage, sie entfällt, wenn die Arbeitsunfähigkeit länger als 10 Tage dauert.

75 % des durchschnittlichen Brutto-Arbeitsentgelts bei einer Höchstgrenze, die sich nach dem Preisindex richtet (diese Höchstgrenze liegt bei $66 \frac{2}{3}$ % des Tageslohnes, der 1969 nach einem Jahreslohn von 16.500 dkr. berechnet wurde und 54 dkr. täglich entspricht). Dauer bis zu 52 Wochen, in Ausnahmefällen bis zu drei Jahren.

DDR

Keine Wartezeit.

50 % des Verdienstes, in den ersten sechs Wochen zahlt der Arbeitgeber (betrieblicher Lohnausgleich) zusätzlich 40 %.

Für jedes Kind unter 15 Jahren (unter 19 Jahren sofern noch in der Ausbildung) werden zusätzlich 10 % der o.a. Leistung gezahlt.

Dauer bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder Festsetzung einer Unfallrente, längstens 52 Wochen.

Bei stationärer Behandlung wird ein Hausgeld von 50 %, sofern Familienangehörige vorhanden sind 80 % des Krankengeldes gezahlt.

Frankreich

Ab 1. Tag nach Arbeitsunfähigkeit

50 % des mittleren täglichen Arbeitsentgelts,
nach 28 Tagen $66 \frac{2}{3}$ %.

Großbritannien

Wartezeit in der Regel 3 Tage, sofern keine Arbeitslosigkeit vorliegt oder die Arbeitsunfähigkeit weniger als 12 Tage beträgt (1970, vgl. 22).

Für Arbeitnehmer über 18 Jahre £ 7,75

zwischen 17 und 18 Jahren £ 5,25

unter 17 Jahren, aber über dem

Schulentlassungsalter in ganz-

tägiger Arbeit

£ 4,50.

Jeder unter 18 Jahren, der zum Leistungsbezug für Abhängige berechtigt ist, erhält die Leistungen wie für Erwachsene.

Zuschläge für die Ehefrau (sofern sie nicht mehr als £ 3,10 verdient) oder unter bestimmten Umständen für andere unterhaltsberechtigzte nahe

Verwandte	£ 3,10
für das erste oder einzige Kind	£ 1,55
für das zweite Kind	£ 0,65
für jedes weitere Kind	
(bis zum Alter von 15 Jahren, bei Ausbildung 19 Jahren)	£ 0,55

wöchentlich.

Italien

Keine Wartezeit; in den ersten drei Tagen der Arbeitsunfähigkeit werden die Leistungen durch den Arbeitgeber gezahlt.

Während der ersten 90 Tage 60 % des durchschnittlich bezogenen Brutto-Arbeitsentgelts der letzten 15 Tage. Nach 90 Tagen werden 75 % gezahlt.

Japan

Keine Wartezeit; in den ersten drei Tagen werden die Leistungen vom Arbeitgeber gezahlt. 60 % des durchschnittlichen Brutto-Arbeitsentgelts der letzten drei Monate. Mindestleistung von 230 Yen/tgl., zeitliche Begrenzung auf drei Jahre.

Kanada

Wartezeit 1 - 4 Tage.

75 % des durchschnittlichen Brutto-Arbeitsentgelts in allen Provinzen. Mindestens 15 - 35 Kanadische Dollar pro Woche. Es ist bei der Berechnung ein Jahreshöchstbetrag, der je nach Provinz 4.000 - 6.000 Kanadische Dollar beträgt, gesetzlich festgelegt. Sofern das

Entgelt diese Grenze übersteigt, wird nur noch ein Teil berücksichtigt.

Luxemburg

Keine Wartezeit.

Für die Dauer von 13 Wochen werden 75 % des zuletzt bezogenen Brutto-Arbeitsentgelts gezahlt, danach wie bei dauernder Arbeitsunfähigkeit.

Niederlande

Keine Wartezeit.

80 % des zuletzt bezogenen Brutto-Arbeitsentgelts bis zu einer Dauer von 52 Wochen (unabhängig ob berufsbedingt oder nicht).

Norwegen

Wartezeit 3 Tage.

Krankengeld in Höhe der für die Krankenversicherung geltenden Sätze. Es darf 90 % des Nettoverdienstes (Höchstsatz des Jahreseinkommens = 25.000 nkr.) nicht übersteigen. 3 - 19 nkr. Zuschlag für nicht selbstversicherte Ehefrauen und für Kinder je 2 nkr.

Österreich

In Österreich sind die Leistungen der Krankenversicherung angeglichen.

Die Wartezeit beträgt 3 Tage.

Die Leistungen werden für 26, eventuell 52 Wochen gezahlt. Sie betragen in den ersten 42 Tagen 50 % des Verdienstes, danach erhöhen sie sich auf 60 %. Die Zahlung ruht, wenn ein Anspruch auf Lohnfortzahlung (bei Angestellten 6 - 12 Wochen) besteht. Bei Arbeitern werden die Leistungen durch tariflich geregelte Zuschüsse der Arbeitgeber bestimmt, so daß bis zu 90 % des Nettolohnes erreicht werden können. Die Dauer der Zahlung richtet sich nach der Betriebszugehörigkeit.

Bei einer stationären Behandlung erhält der Verletzte ein Tagegeld (bis zur Höhe des halben Krankengeldes; bei unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ein Familiengeld).

Wenn die Erwerbsfähigkeit des Versicherten über

drei Monate hinaus um wenigstens 20 % gemindert ist, wird ab Beginn des dritten Monats nach Eintritt des Versicherungsfalles eine Unfallrente gezahlt.

Polen

Wartezeit: Keine.

Dauer 26 Wochen (in Sonderfällen 39 Wochen) bis zu 100 % (bei Arbeitsunfällen im Untertage-Bergbau). Das Krankengeld beträgt bei stationärer Behandlung, sofern unterhaltsberechtigte Familienangehörige vorhanden sind, 50 %, bei ambulanter Behandlung 70 % des Verdienstes.

Volle Angleichung des Krankengeldes an die Höhe des Lohnausfalls nur bei schweren Betriebsunfällen, deren Behandlung länger als 30 Tage dauert.

Schweden

Ab 1. Tag nach Arbeitsunfähigkeit werden in den ersten 90 Tagen die Leistungen von der allgemeinen Krankenversicherung getragen. Ist der Verletzte ausnahmsweise nicht Mitglied der Krankenversicherung, so erhält er auch während dieser Zeit aus der Unfall- (Berufsschaden)versicherung die Leistungen, die ihm zustehen würden, wenn er krankenversichert wäre. Grundkrankengeld von 6 skr. Darüber hinaus Zulagen, die nach 19 Gehaltsklassen gestaffelt sind (insgesamt 7 - 52 skr/tgl.). Kinderzulage bis zu 3 skr bei mindestens fünf Kindern unter 16 Jahren.

Bei Krankenhausbehandlung vermindert sich das Krankengeld um 5 skr/tgl.

Im Durchschnitt entsprechen die Zahlungen des Krankengeldes etwa 50 % des Lohnes. Es gibt tarifvertragliche Regelungen, nach denen vorwiegend für Angestellte eine Gehaltsfortzahlung besteht. Nach Ablauf von 90 Tagen werden die gleichen Leistungen von den Unfallversicherungen gewährt, wenn die Arbeitsfähigkeit voraussichtlich nicht dauernd beeinträchtigt ist.

Schweiz

Wartezeit drei Tage.

80 % des Brutto-Verdienstes, jedoch nur bis höchstens 70 sfr. täglich. Soweit aus anderen Versicherungen ein Anspruch auf Lohnersatz besteht, ermäßigt sich das Krankengeld der Unfallversicherung auf den Unterschied zwischen dem entgangenen Lohn und dem Lohnersatz. Diese Regelung gilt für berufliche und nicht-berufliche Arbeitsunfähigkeit. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung werden die Versicherungsleistungen von den Kantonen festgesetzt.

Die nach schweizer Bundesrecht vorgeschriebenen Leistungen betragen: 2.000 sfr. zur Deckung der Heilungskosten, Tagegeld von 5 sfr. vom 14. Tage nach dem Unfall bis zur Dauer eines Jahres bei Arbeitsunfähigkeit.

Süd-Afrika

Wartezeit drei Tage, sie entfällt, wenn die Arbeitsunfähigkeit länger als 14 Tage dauert.

75 % des Verdienstes, höchstens 150 Rands monatlich.

Dauer 12 Monate, kann in besonderen Fällen verlängert werden.

UDSSR

Keine Wartezeit.

Die Höhe des Krankengeldes richtet sich nach der Anzahl der Berufsjahre (Versicherungsdauer) und beträgt nach acht ununterbrochenen Versicherungsjahren 100 %, liegen die Versicherungszeiten unter drei Jahren = 50 % des zuletzt bezogenen Arbeitsentgelts, mindestens jedoch 30 Rubel monatlich (in ländlichen Gebieten 27 Rubel).

Dauer bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder Zuerkennung einer Rente.

USA

Wartezeit von zwei bis sieben Tage. In den meisten der Staaten beträgt sie sieben Tage. Ebenso ist in der Mehrzahl der Bundesstaaten vorgesehen, die

Leistungen vom Datum der Arbeitsunfähigkeit an zu zahlen, sofern die Arbeitsunfähigkeit eine bestimmte Zeit beträgt; diese Zeit liegt zwischen fünf Tagen bis zu sieben Wochen, in der Regel drei bis vier Wochen. Die Barleistungen für eine zeitweilige Arbeitsunfähigkeit, für dauernde totale Arbeitsunfähigkeit, dauernde teilweise Arbeitsunfähigkeit und beim Tod des Ernährers werden gewöhnlich nach einem Prozentsatz des Wochenlohns zur Zeit vor der Arbeitsunfähigkeit berechnet, am häufigsten sind es 60, 65 oder $66 \frac{2}{3} \%$ (die Spanne liegt zwischen 50 und 90 %).

In einigen Staaten ändert sich der Prozentsatz mit dem Ehestand und der Zahl der abhängigen Kinder, insbesondere beim Todesfall. Im Staat Washington werden feste Beträge gezahlt, die nur nach der Zahl der Versorgungsberechtigten variieren.

Es bestimmen jedoch nahezu alle Gesetze Maxima \ der wöchentlichen Raten, die an einen Arbeitsunfähigen oder Hinterbliebenen gezahlt werden, so daß Leistungen (besonders bei höher bezahlten Arbeitern) nicht die Summen, die durch die Prozentsätze angegeben werden, erreichen. In sechs Staaten richtet sich das Maximum automatisch nach dem Durchschnittslohn des jeweiligen Staates. Die meisten der Gesetze begrenzen die Zahl der Wochen, während der Entschädigung gezahlt wird, und/oder die Gesamtsumme für den einzelnen Fall.

Die meisten Entschädigungsfälle betreffen totale Arbeitsunfähigkeit für eine bestimmte Dauer, nach der der Arbeitnehmer wiederhergestellt und in der Lage ist, seinen Beruf auszuüben. Für zeitweise Arbeitsunfähigkeit beträgt das wöchentliche Maximum 45 Dollar oder mehr, einschließlich der Zuschläge für Abhängige (gilt in $\frac{4}{5}$ aller Staaten).

26 Staaten sehen Maxima von 60 oder mehr Dollar vor. Die meisten Gesetze limitieren die Dauer der Zahlungen auf 208 bis 500 Wochen. 16 der Gesetze sehen jedoch Zahlungen vor, solange die Arbeitsunfähigkeit dauert und bis sich der Zustand nicht

so stabilisiert hat, daß keine weitere Besserung von medizinischer Behandlung erwartet werden kann. 7 andere Gesetze sehen Leistungen für die vollständige Dauer der Arbeitsunfähigkeit vor, begrenzen jedoch die Summe auf 10.750 bis 35.100 Dollar.

Verletzte Personen, die für eine zeitweise oder dauernde Arbeitsunfähigkeit entschädigt werden, erhalten in 16 Staaten zusätzliche Leistungen für abhängige Kinder. In zweien davon werden diese Leistungen nur während einer zeitweisen totalen Arbeitsunfähigkeit gewährt. Der Effekt dieser Zulagen ist im allgemeinen eine Erhöhung des wöchentlichen Maximums einer Entschädigung. In einigen Staaten jedoch werden die zusätzlichen Leistungen dadurch begrenzt, daß das gleiche wöchentliche Maximum oder die gleiche Höchstsumme gilt ohne Berücksichtigung versorgungsberechtigter abhängiger Personen.

In einigen Staaten sind für verheiratete Personen höhere Leistungen vorgesehen, in anderen werden weitere Zuschläge für Kinder gezahlt (Idaho, Oregon, Washington, Wyoming).

In allen Industriestaaten wird bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit ein Anspruch auf Barleistungen gewährt. Dieser ist nicht abhängig von der Beschäftigungsdauer (wohl aber die Höhe der Leistungen in einigen Ländern, s.u.) oder der Höhe oder Anzahl der eingezahlten Beiträge. D.h. alle Personen sind gegen den Versicherungsfall geschützt, sobald die geschützte Beschäftigung ausgeübt wird.

Wartezeiten, d.h. leistungsfreie Tage bestehen in Argentinien, Australien (Queensland), Dänemark, Großbritannien, Kanada, Norwegen, Österreich, Schweiz, Süd-Afrika und den meisten Gliedstaaten der USA.

In den meisten dieser Länder entfällt diese Wartezeit, sobald die Arbeitsunfähigkeit eine bestimmte Zeit andauert hat. Die kürzeste Frist beträgt einen Tag, die längste 7 Tage.

In der BRD, CSSR, Dänemark, Großbritannien, Japan, Niederlande, Norwegen, Österreich, Süd-Afrika und vielen Staaten der USA wird die Leistungsdauer des Krankengeldes beschränkt. Nach Ablauf dieser Frist wird eine Rente gezahlt. In vielen Staaten der USA besteht die Beschränkung darin, daß in Verbindung mit der Beschränkung der Leistungsdauer oder davon unabhängig ein finanzieller Höchstbetrag festgesetzt ist.

Die Leistungssätze sind monatliche oder wöchentliche Zahlungen, deren Höhe meist in einem bestimmten Prozentsatz zu dem bis zu dem Eintritt der Arbeitsunfähigkeit bezogenen durchschnittlichen Brutto-Verdienst steht. In vielen Ländern werden die Zahlungen zunächst von der gesetzlichen Krankenversicherung (z.B. BRD, Schweden) geleistet. Das Krankengeld ist in der Höhe unabhängig davon, ob die Arbeitsunfähigkeit berufsbedingt ist oder nicht. In Ländern mit Systemen einer allgemeinen Sozialversicherung (CSSR, DDR, Niederlande, Polen, UDSSR) wird die Zahlung stets von der gesetzlichen Krankenversicherung geleistet, jedoch sind die Entschädigungen bei Arbeitsunfähigkeit beruflichen Ursprungs höher (CSSR, Polen, UDSSR), weil davon ausgegangen war, daß es sich um Tätigkeiten gehandelt hat, die im Interesse der Gesellschaft ausgeübt wurden.

In Großbritannien und ebenso in drei australischen Bundesstaaten besteht keine Abhängigkeit der Entschädigung vom Lohn. Es wird ein Einheitssatz gezahlt. In Schweden wurde dieser Einheitssatz wieder aufgegeben, das Krankengeld richtet sich jetzt nach 19 Einkommensklassen.

In einigen Ländern erhöht sich die Leistung nach einer bestimmten Dauer der Arbeitsunfähigkeit (Belgien, Frankreich, Italien, Österreich).

In vielen Staaten sind Mindest- und Höchstbeträge der Entschädigungsraten festgelegt (BRD, CSSR, DDR, Dänemark, Kanada, Norwegen, Österreich, Schweden,

Schweiz, Süd-Afrika und in fast allen Gliedstaaten der USA). Zusätzlich werden in den meisten Ländern Zuschläge für Verheiratete oder Familien gezahlt, in den USA allerdings nur in 16 Staaten.

Leistungsbeschränkungen bestehen (CSSR, DDR, Österreich, Polen, Schweiz), wenn der Leistungsempfänger Krankenhauspflege erhält. Die Kürzung beträgt gewöhnlich 50 %, vermindert sich jedoch oder entfällt bei unterhaltsberechtigten Familienmitgliedern.

3.20 Berufliche Wiedereingliederung

Auf Grund der Erfahrungen mit Millionen von Kriegsverletzten aus zwei Weltkriegen und der - in Europa besonders nach 1945 - immer größer werdenden Zahl von Verletzten durch Verkehrsunfälle, bemühten sich die staatlichen Organisationen und die Versicherungsträger immer mehr, Erwerbsunfähige in das Berufsleben wieder einzugliedern. Die hierzu notwendigen Maßnahmen werden unter dem Begriff der Rehabilitation zusammengefaßt. Unter Rehabilitation versteht man Maßnahmen, die körperlich, geistig oder seelisch behinderten Menschen helfen sollen, ihre Kräfte und Fähigkeiten in größtmöglichem Maße zu entfalten, sich dann in das Gemeinschaftsleben einzuordnen und sich daran zu beteiligen. In erster Linie soll den Behinderten die Teilnahme am Erwerbsleben ermöglicht werden. Derartige Maßnahmen können in medizinischer Rehabilitation (Heilbehandlung), funktioneller Rehabilitation (Training der verbliebenen Kräfte und Fertigkeiten), beruflicher Rehabilitation (Beratung, Eignungsprüfung, Fortbildung und Umschulung) und sozialer Rehabilitation (soziale Betreuung, finanzielle Sicherheit) bestehen (vgl. 44, S. 10). Die Empfehlung Nr. 99 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) von 1955 bringt diese Bestrebungen folgendermaßen zum Ausdruck:
"Der Ausdruck beruflicher Eingliederung und Wiedereingliederung bezeichnet die Phase des fortlaufenden

und aufeinander abgestimmten Verfahrens zur Eingliederung und Wiedereingliederung, währenddessen den Behinderten geeignete Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, die es ihnen ermöglichen, eine geeignete Beschäftigung zu finden und zu behalten. "

Derartige Einrichtungen zur Rehabilitation bestehen in: Australien, Belgien, BRD, CSSR, Dänemark, DDR, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, UDSSR und den USA (in 31 Staaten und in Einrichtungen des Bundes). In fast allen Ländern stehen diese Einrichtungen im Rahmen eines allgemeinen Systems oder der Sozialversicherung allen Behinderten zur Verfügung. In einigen Staaten haben die Unfallversicherungen eigene Einrichtungen zur Rehabilitation geschaffen, insbesondere in den USA. In allen Industriestaaten steht der Gedanke der Rehabilitation im Vordergrund aller Bemühungen, die Rehabilitation ist an Stelle der früheren Entschädigung (Kompensation) getreten. Fast überall wird bei der Rehabilitation auch eine angemessene Mitwirkung der verletzten Personen bei der Wiederherstellung oder zumindest bei den Bemühungen, die Folgen der verbleibenden Behinderung auf ein Mindestmaß zu reduzieren, verlangt. Eine weitere Maßnahme für die Wiedereingliederung besteht darin, daß z.B. in Belgien, der BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Österreich im Staatsdienst und in Betrieben mit einer bestimmten Anzahl von Beschäftigten eine festgelegte Zahl von Behinderten beschäftigt werden muß. In Luxemburg und den Niederlanden vermitteln die Arbeitsämter bevorzugt Arbeitsplätze für Körpergeschädigte. In der CSSR und in der UDSSR müssen alle Betriebe Arbeitnehmern, die infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit teilweise arbeitsunfähig geworden sind, eine geeignete Beschäftigung bieten,

die ihrer verminderten Arbeitsfähigkeit entspricht und ihrem Gesundheitszustand Rechnung trägt.

Einige der o.a. Länder gestatten die Entlassung eines Behinderten nur mit Zustimmung von Behörden (21, S. 101).

"Manche Länder haben für die Beschäftigung von Schwerbeschädigten, die auf dem freien Arbeitsmarkt keine Arbeit finden können, in "wettbewerbsgeschützten Betrieben" Vorkehrungen getroffen. Diese Betriebe werden manchmal vom Staat errichtet oder sie erhalten staatliche Zuschüsse, wenn der Ertrag aus dem Vertrieb ihrer Ware die Bestehungskosten nicht deckt. Dies ist in der Republik Süd-Afrika und im Vereinigten Königreich der Fall. In einigen anderen Fällen wurden solche Betriebe gemeinsam vom Staat und anderen Interessenten errichtet (z.B. in Dänemark, den Niederlanden und Neuseeland). In anderen Ländern, worunter die Vereinigten Staaten als führendes Beispiel zu nennen sind, wurden geschützte Betriebe weitgehend durch private Organisationen und Interessengemeinschaften errichtet. In der Tschechoslowakei, der UDSSR und einigen anderen Ländern können Behinderte Mitglieder von staatlich beaufsichtigten und subventionierten Genossenschaften von Behinderten werden, denen besondere Leistungen und besondere Arbeitsbedingungen gewährt werden, die es ihnen ermöglichen sollen, solche Personen ohne nachteilige Folgen für deren Gesundheit zu beschäftigen. In der UDSSR beschäftigen einige dieser Genossenschaften auch Körperbehinderte, die aus Gesundheitsrücksichten nicht in gemeinsamen Arbeitsstätten beschäftigt werden können, als Heimarbeiter" (21, Seite 101 - 102).

In den meisten Bundesstaaten der USA bestehen sogenannte Zweitschädenkassen (Subsequent or Second-injury Insurance). Diese Kassen haben den Zweck, die Wiederbeschäftigung von Behinderten zu fördern. Nach amerikanischer Rechtsprechung würde bei einem zur völligen Erwerbsunfähigkeit führenden Zweitunfall eines bereits verletzten Arbeitnehmers der letzte Arbeitgeber die Unfallkosten allein zu tragen haben. Dadurch würde ein Arbeitgeber entweder einen unverhältnismäßig hohen Beitrag für Versicherungen oder eigene hohe Leistungen zu zahlen haben, wenn eine partielle Erwerbsunfähigkeit zu einer voll-

ständigen würde. Um zu verhindern, daß Verletzte nicht eingestellt werden, wurden die Zweitschädenskassen eingerichtet. Sie werden von den Bundesstaaten verwaltet. Diese Kassen kommen "für die Leistungen auf, soweit sie höher sind als jene, die sonst für die zweite beruflich bedingte Schädigung zu zahlen gewesen wären, wenn die erste Behinderung nicht vorhanden gewesen wäre" (vgl. 21, S. 92). Finanziert werden diese Kassen teilweise durch Beiträge von Arbeitgebern, deren Arbeitnehmer einen tödlichen Unfall erlitten haben, ohne daß sie leistungsberechtigte Angehörige hinterließen. Die Arbeitgeber haben dann an die zweiten Kassen einen einmaligen Betrag von 300 - 1.500 \$ zu zahlen.

3.30 Leistungen bei dauernder völliger oder dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit

- a) dauernde totale Erwerbsunfähigkeit,
- b) dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit.

Argentinien

- a) Pauschalbetrag von 1.000 Tagesverdiensten, maximal 60.000 Pesos. Die Summe wird zusätzlich zu jedem anderen Versorgungsanspruch gezahlt.
- b) Pauschalbetrag, der der Lohndifferenz in 1.000 Tagen entspricht.

Australien

- a) Gewöhnlich der gleiche Betrag wie bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Die Gesamtversorgung ist in fünf Staaten auf 6.000 bis 15.000 Dollar begrenzt, in drei Staaten bestehen keine Beschränkungen.
- b) Niedrigere Raten, die dem Prozentsatz der Erwerbsunfähigkeit entsprechen. Kann in einer Summe gezahlt werden.

Belgien

- a) 100 % des Brutto-Verdienstes (bis maximal

200.000 bfrs. jährlich). Pflegegeld bis zu 50 % zusätzlich.

- b) Prozentsatz entspricht dem Grad der Erwerbsunfähigkeit. Die Zahlung eines Abfindungsbetrages ist in gewissen Fällen möglich; er wird immer gezahlt, wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit 10 % oder weniger beträgt. Zusätzlich Kindergeld für das erste Kind 629,25 bfrs., für das zweite Kind 1.060 bfrs., für das dritte und jedes weitere Kind 1.484 bfrs.

BRD

- a) $66 \frac{2}{3}$ des Verdienstes. Minimum 90,-- DM (nach festgesetztem "Ortslohn"), Maximum 2.000,-- DM monatlich. Zusätzlich 10 % des Verdienstes, wenn eine Arbeitsunfähigkeit von mindestens 50 % besteht und keine weiteren Renten bezogen werden. Ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 % wird eine Kinderzulage für jedes Kind unter 18 von 10 % der Rente gezahlt (ab dem zweiten Kind mindestens der Betrag des Kindergeldes. Dieses beträgt für das zweite Kind 50,-- DM, für das dritte 60,-- DM, für das vierte und jedes weitere Kind 70,-- DM). Pflegezulage 100,-- DM bis 350,-- DM monatlich.
- b) Prozentsatz entspricht dem Grad der Erwerbsunfähigkeit, es wird nur ein Grad von 20 % berentet.

China

- a) 60 % des Verdienstes. Pflegezulage 15 % des Verdienstes.
- b) 10 - 30 % des Verdienstes entsprechend dem Grad der Erwerbsunfähigkeit.

CSSR

- a) 60 % des Verdienstes zuzüglich 1 % der Jahresverdienste zwischen dem 26. und dem 35. Lebensjahr. Maximal 1.600 Kronen monatlich. Höhere Entschädigung bei ungesunden und beschwerlichen

Berufen. Pflegezulage 100 bis 400 Kronen monatlich.

100 bis 300 Kronen für die Ehefrau, sofern sie über 65 oder invalide ist. 70 bis 190 Kronen für Schulkinder (nach Anzahl).

- b) 50 % der Rente bei totaler Erwerbsunfähigkeit. Es muß eine Minderung des Verdienstes um 30 % oder eine ernstliche Erschwerung der allgemeinen Lebensbedingungen vorliegen.

Dänemark

- a) $66 \frac{2}{3}$ % des Verdienstes.

Höchstgrenze ist durch ein bestimmtes Tagegeld festgelegt (54 Kronen täglich = 16.500 dkr. jährlich).

- b) Prozentsatz der Vollrente, der der Erwerbsunfähigkeit entspricht, sofern die Minderung der Erwerbsunfähigkeit zwischen 50 und 99 % liegt. Liegt die MdE zwischen 5 und 49 %, wird eine einmalige Abfindung gezahlt, die der umgewandelten Rente entspricht. Mindestsatz der Entschädigung = 5 % der MdE.

DDR

- a) $66 \frac{2}{3}$ % des Verdienstes bis zu einer Einkommenshöchstgrenze von 600,-- DM + Zuschlag von 80,-- DM monatlich, bei einer MdE über $66 \frac{2}{3}$ %. Liegt die MdE zwischen 50 und $66 \frac{2}{3}$ %, wird ein Zuschlag von 20,-- DM gezahlt.

- b) Prozentsatz entsprechend dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit. Mindestgrad 20 %. Zuschläge für eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von $50 - 66 \frac{2}{3}$ % = 20,-- DM mtl.

mehr als $66 \frac{2}{3}$ % = 80,-- DM mtl.

Ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 % wird eine Kinderzulage für jedes Kind unter 15 (unter 19 bei Studium) gezahlt. Sie beträgt 10 % der Rente, ab $66 \frac{2}{3}$ % der Minderung der Erwerbsfähigkeit zusätzlich 20,-- DM.

Frankreich

- a) 100 % des Verdienstes während der letzten 12 Monate. Pflegezulage bis 50 % der Rente. Die Mindestbezüge liegen bei 9.357 frs., das höchste anrechenbare Einkommen bei 103.282 frs. Der das Doppelte des Mindestbetrages überschreitende Verdienst wird nur zu 1/3 bis zum Erreichen des Höchstbetrages berücksichtigt.
- b) Die Rente entspricht dem Prozentsatz des Durchschnittsverdienstes, der erzielt wird durch Halbierung des Prozentsatzes der Minderung der Erwerbsfähigkeit, die unter 50 % liegt und durch Erhöhung um die Hälfte des Teils, der 50 % übersteigt.

Zum Beispiel:

MdE:	Rente:	
100 %	100 %	des anrechenbaren Verdienstes
75 %	62,5 %	
50 %	25 %	
25 %	12,5 %	

Wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit und wenn die Rente weniger als 1/80 des Mindestjahresverdienstes beträgt, wird eine Abfindung gezahlt; zusätzlich Kindergeld. Dieses beträgt beim zweiten Kind 86,79 frs., beim dritten und vierten Kind 145,96 frs., beim fünften und jedem weiteren Kind 130,18 frs. (ab 1.8.1970, vgl. 57, S. 75).

Großbritannien (1970, vgl. 22)

- a) Bei einem Lebensalter des Verletzten von
über 18 Jahren = £ 8,40,
zwischen 17 und 18 Jahren = £ 5,50,
unter 17 Jahren = £ 5,00 wöchentlich.
Sobald das Alter von 17 bzw. 18 Jahren erreicht wird, gelten die jeweiligen Beträge der höheren Alterstufe.
- b) Bei einer teilweisen Arbeitsunfähigkeit ent-

spricht die Entschädigung bei Graden von 20 bis 90 % = £ 1,70 bis £ 7,55, sofern der Arbeitnehmer älter als 18 Jahre ist, zwischen 17 und 18 Jahren £ 1,10 bis 4,95 £,

unter 17 Jahren £ 1,00 bis 4,50 £.

Liegt die Einschätzung unter 20 % (Dauerschaden), so wird entsprechend 1 % bis 19 % = £ 55 bis 550 £ als Abfindung gezahlt.

Weiterhin können Zulagen gezahlt werden.

Diese bestehen in

- a) einer speziellen Härtezulage, wenn ein Berufswechsel erforderlich ist, bis maximal £ 8,40 (einschl. der Rente) wöchtl.,
- b) Arbeitslosenzulage, wenn eine dauernde Arbeitsunfähigkeit besteht, £ 5,00 wöchtl.,
- c) Pflegezulage, normalerweise bis zu einem Maximum von £ 3,30, in Ausnahmefällen £ 6,60 (ohne Zeitangabe),
- d) Krankenhauszulage. Während der Zeit einer stationären Behandlung erhöht sich die Rente auf diejenige von 100 % Invalidität,
- e) Zulagen für Unterhaltsberechtigten werden nur an Personen gezahlt, die eine Arbeitslosenzulage oder Krankenhauszulage erhalten. Die Höhe der Zulage ist die gleiche wie die unter 3.10 aufgeführte.

Italien

- a) 100 % des Verdienstes, bis maximal 1.265.000 Lira jährlich, das Minimum beträgt 680.000 Lira jährlich. Pflegezulage bis zu 35.000 Lira monatlich (1970, vgl. 57).
- b) Prozentsatz, der im Bereich zwischen 80 und 100 % MdE dem Grad der MdE entspricht. Zwischen 11 und 60 % und 61 bis 79 % MdE liegen jeweils verschieden gestaffelte Rentensätze (Aliquota percentuala).

Die Rentenhöhe ist beispielsweise bei

25 % MdE = 13,2 %

50 % MdE = 28,9 %

75 % MdE = 56,2 %

80 % MdE = 80,0 % des Verdienstes.

Der Mindestgrad einer Entschädigung liegt bei

11 % MdE für Arbeitsunfälle und 21 % MdE für Berufskrankheiten.

Japan

a) 60 % des Verdienstes,

b) Prozentsatz entspricht dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit (14 Grade). Bei einem Grad der Invalidität von 1 - 7 (über 50 % MdE) werden 240 - 100 durchschnittliche Tagesverdienste in Form einer Rente gezahlt. Bei den Graden 8 - 14 wird eine Abfindung in Höhe von 450 - 50 durchschnittlichen Tagesverdiensten gezahlt.

Kanada In allen Provinzen:

a) Wie bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit.

75 % des Verdienstes, mindestens 15 - 35 kanadische Dollar wöchentlich (s. 3.10).

b) Prozentsatz entsprechend der Lohneinbuße bis zu 70 % des Verdienstes. Abfindung bei 10 % oder weniger.

Luxemburg

a) 80 % des durchschnittlichen Verdienstes im letzten Jahr (es besteht ein gesetzlicher Mindestlohn). Pflegezulage 20 % des Verdienstes. Sofern die Minderung der Erwerbsfähigkeit über 50 % liegt, wird eine Kinderzulage von 10 % der Rente für jedes Kind unter 18 Jahren gezahlt. Die Gesamthöhe der Rente darf 100 % des Verdienstes nicht übersteigen.

b) Prozentsatz der vollen Rente proportional zum Lohnverlust. Pauschalbetrag, wenn die Rente unter 10 % der Bezüge bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit liegt.

Niederlande

- a) 100/106 des Tageslohnes bis zu einem Maximum von f. 99,20 (ab 1.12.1970). Der Mindesttageslohn für Versicherte über 23 Jahren liegt bei f. 40,28. Außerdem wird ein jährlicher Ferienzuschlag von 6 % der Rentenjahressumme gezahlt. Bei Pflegebedürftigkeit wird 100/106 des Tageslohnes ausgezahlt.
- b) Arbeitsunfähigkeit von 15 - 25 % = 10 %
25 - 35 % = 20 %, 35 - 45 % = 30 %,
45 - 55 % = 40 %, 55 - 65 % = 50 %,
65 - 85 % = 65 % Auszahlung in Prozenten von 100/106 des Tageslohnes.

Norwegen

- a) 60 % der Bemessungsgrundlage bis zu einer Höchstgrenze von 20.000 nkr. pro Jahr. Für jedes Kind unter 18 Jahren maximal 900 nkr., Pflegezulage bis zu 2.400 nkr. Bei Minderung unter 15 % keine Leistung.
- b) Prozentsatz entspricht der Minderung der Erwerbsfähigkeit. Unter 30 % Abfindung in Höhe einer Dreijahresrente.

Österreich

- a) $66 \frac{2}{3}$ der Bemessungsgrundlage. Kinderzuschuß 10 % der Rente für jedes Kind unter 18 (sofern es studiert, unter 25 Jahren). Maximal 100 %. Höchstzulage $33 \frac{1}{3}$ % des Verdienstes. Pflegezulage bei völliger Hilfsbedürftigkeit 50 % der Rente.
- b) Prozentsatz der vollen Rente entsprechend der Minderung der Erwerbsfähigkeit. Abfindungsbetrag, wenn diese unter 25 % liegt. (Die Renten werden in Österreich - entsprechend den Gehältern - 14 mal im Jahr gezahlt). Mindestminderung der Erwerbsfähigkeit = 20 %. Schwerversehrte (MdE über 50 %) erhalten eine Zulage von 20 % der Rente.

Polen

- a) Die Höhe der Rente ist die gleiche wie bei der Invaliditätsversicherung mit einer Zulage bis 300 Zloty monatlich entsprechend dem Grad der Versehrtheit. Bei völliger Invalidität 65 % des Durchschnittsverdienstes, sofern dieser unter 1.500 Zloty monatlich lag, + 30 % des Verdienstes zwischen 1.500 und 2.000 Zloty, + 20 % des Verdienstes, der 2.000 Zloty übersteigt. Die Mindestrente beträgt 850 Zloty monatlich. Je nach Dauer der Berufstätigkeit kann eine Steigerung bis zu 7,5 % der Rente erzielt werden entsprechend 5 - 15 Jahren andauernder Beschäftigung. Pflegezulage 300 Zloty monatlich.
- b) 45 % des Verdienstes unter 1.500 Zloty, + 20 % des Verdienstes zwischen 1.500 und 2.000 Zloty, + 15 % des den Betrag von 2.000 Zloty übersteigenden Verdienstes.

Schweden

- a) 11/12 des entschädigungspflichtigen Verdienstes (Beitragsbemessungsgrundlage bis 22.000 skr. pro Jahr). Pflegezulage bis 1.825 skr. jährlich.
- b) Rente ist dem Prozentsatz der Minderung der Erwerbsfähigkeit proportional. Die MdE muß mindestens 10 % betragen.

Schweiz

- a) 70 % des Jahresverdienstes (es werden höchstens 21.000 sfr. im Jahr angerechnet). Pflegezulage bis 30 % des Verdienstes.
- b) Prozentsatz entsprechend dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit.
In der Landwirtschaft wird bei totaler Invalidität ein Abfindungsbetrag von 20.000 sfr. gezahlt. Bei teilweiser Invalidität entsprechend geringer.

Südafrika

- a) Für Nicht-Afrikaner 75 % des Verdienstes bis 150 Rands monatlich. Für Afrikaner Abfindungs-

betrag von 48 Monatsgehältern bei Verdiensten bis 40 Rands monatlich, bei einem Verdienst zwischen 41 und 150 Rands 30 Monatsbeträge zusätzlich.

- b) Prozentsatz entsprechend dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit. Beträgt dieser 30 % oder weniger, wird eine Abfindung bis zu 1.580 Rands gezahlt.

UDSSR

- a) 90 % des Verdienstes bis zu 45 Rubel monatlich, zuzüglich 10 % des darüber hinausgehenden Verdienstes. Minimum 50, Maximum 90 Rubel. Höhere Sätze für gefährliche und beschwerliche Arbeiten. 10 % der Rente für einen, 15 % der Rente für zwei oder mehr unterhaltsberechtigten Angehörigen. 15 % für eine notwendige Pflegeperson. Bei völliger Hilflosigkeit 100 % des Verdienstes bis 50 Rubel zuzüglich 10 % des darüber hinausgehenden Verdienstes.
- b) 65 % des Verdienstes bis 40 Rubel zuzüglich 10 % des darüber hinausgehenden Verdienstes, Minimum 21, Maximum 45 Rubel. Für eine Entschädigung gelten folgende Mindestbedingungen: Es muß eine wesentliche Minderung der Leistung vorliegen, so daß besondere Arbeitsbedingungen erforderlich sind, oder im Falle der Versetzung an einen Arbeitsplatz, der eine geringere Qualifikation erfordert, ebenso bei körperlichen Schäden, die das Leben wesentlich erschweren. Die Höhe der Rente ist bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten unabhängig von der Beschäftigungsdauer.

USA

- a) 60 - 66 $\frac{2}{3}$ % des Verdienstes in den meisten Staaten. Maximum: 40 - 150 Dollar wöchentlich, in der Hälfte der Staaten 56 Dollar oder mehr. Lebenslange Zahlungen in $\frac{3}{5}$ der Staaten. In den übrigen nur für 330 - 550 Wochen oder bis zu 12.000 - 45.000 Dollar.

- b) Entsprechend dem Lohnverlust oder volle Rente für weniger Wochen bei "Listen-Verletzungen".

Wenn die dauernde Erwerbsunfähigkeit eines Arbeiters nur eine teilweise ist - gleich, ob sie seine Leistungsfähigkeit vermindert oder nicht -, so sind dauernd Erwerbsunfähigkeits-Leistungen zu zahlen, zum Teil als Entschädigung für die Verletzung und die daraus folgenden Leiden und Beschädigungen und zum anderen Teil, um zukünftig mögliche Verdiensteinbußen zu ersetzen.

Gesetzlich werden zwei Arten von dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit unterschieden: Spezielle oder "Listen-Verletzungen" (für solche klar feststellbaren Arten wie Verlust eines Körperteils) und allgemeine, "Nicht-Listen-Verletzungen" (für weniger klar festzulegende Invaliditätsgrade, z.B. durch Verletzung von Kopf oder Rücken).

"Listen-Verletzungen" werden im allgemeinen mit derselben Rate und entsprechend denselben Begrenzungen wie totale Erwerbsunfähigkeit entschädigt, jedoch wird die Entschädigung auf eine bestimmte Wochenzahl festgelegt, ohne Bezug auf den Verlust der Erwerbskraft (earning power).

Für "Nicht-Listen-Verletzungen" entspricht die Entschädigung gewöhnlich dem Prozentsatz der totalen Erwerbsunfähigkeit, der dem Einkommensverlust (wage lost) oder der Lohneinbuße (earning capacity) proportional ist. Earning capacity ist die Differenz zwischen dem Lohn vor und nach der Beeinträchtigung. Hier bestehen wiederum Begrenzungen der Höchstzahlungen und/oder der Zahlungsdauer. In den meisten Staaten der USA ist vorgeschrieben, daß die Entschädigung für partielle Erwerbsunfähigkeit zusätzlich zu der Entschädigung während der Zeit der Heilung oder der totalen Erwerbsunfähigkeit gezahlt wird, auch werden zusätzliche Leistungen bei Entstellung bewilligt.

In einigen Staaten sind niedrigere Leistungen für dauernde partielle Erwerbsunfähigkeit, die durch

Berufskrankheiten entstanden sind, vorgesehen als bei Arbeitsunfällen (vgl. 49 S. 70/71).

Bestimmte versehrte Arbeiter können bezüglich der Barleistungen zwischen der "workmen's compensation" und den Leistungen der OASDHI * wählen. Die Ergänzungen von 1965 zu dem Sozial-Versicherungs-Gesetz sehen eine Aufrechnung mit OASDHI-Leistungen vor, wenn die Gesamtleistung 80 % des früheren Verdienstes übersteigt.

Diese Übersicht ergibt, daß alle Länder bei dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheiten finanzielle Entschädigungen vorsehen. Diese werden entweder in Form einer einmaligen Abfindung (Argentinien, Südafrika für Eingeborene) oder als Rente, die entweder zeitlich oder durch eine festgesetzte Gesamtsumme begrenzt wird, gezahlt (5 Staaten Australiens, 2/5 der Staaten der USA, hier auf 330 - 550 Wochen oder 12.000 - 45.000 Dollar beschränkt).

Es handelt sich dabei weniger um eine Rente als um eine in Raten gezahlte Abfindung. In allen übrigen besprochenen Staaten wird eine echte - d.h. lebenslängliche - Rente gezahlt. Die Höhe der Renten ist unterschiedlich. In vier Staaten Australiens und in Großbritannien werden feste Sätze gezahlt. In den übrigen Ländern richtet sich die Höhe nach einem bestimmten Prozentsatz des letzten Verdienstes. Dieser liegt zwischen 50 % (Oregon/USA) und 100 % (Italien, Frankreich). In der überwiegenden Mehrzahl der Länder und Gliedstaaten beträgt die Rente $66 \frac{2}{3}$ %. Einschränkungen ergeben sich allerdings dadurch, daß vielfach Höchstbeträge festgelegt sind, entweder durch die absolute Höhe der monatlichen oder wöchentlichen Rente oder

*(OASDHI = old-age, survivors, disability and health insurance = Bundesprogramm für Arbeitnehmer und deren Angehörige betr. Alters-, Hinterbliebenen-, Versehrten- und Krankenversicherung)

- 2 -

durch einen bestimmten Tagessatz, oder es wird eine obere Grenze durch einen Höchstwert des anrechenbaren Verdienstes oder einer bestimmten Bemessungsgrundlage gezogen.

In manchen Staaten (Frankreich, Kanada, Polen, UDSSR) wird ab einer bestimmten Verdienst- oder Rentenhöhe nur noch ein wesentlich geringerer Prozentsatz angerechnet.

Indirekt wird bei allen Verfahren der Rentenbemessung nach dem früheren Verdienst nicht nur die Art und Gefährlichkeit des Berufes, sondern auch die Beschäftigungsdauer, da sich meist der Lohn danach richtet, berücksichtigt. Direkt werden in der CSSR, in Polen und in der UDSSR Zuschläge für die Dauer der Beschäftigung und Gefährlichkeit des Berufes gezahlt. In einigen Staaten der USA gibt es einen Unterschied in der Leistung zwischen Arbeitsunfall und Berufskrankheit.

In vielen Industriestaaten sind Mindestentschädigungen vorgesehen, die sich nicht nach einem Prozentsatz richten, sondern in festen Währungsbeträgen angegeben sind. Zuschläge für Verheiratete oder Kinder sind in vielen Staaten vorgesehen. Bei Kindern ist eine Altersgrenze von 15 bis 18 Jahren vorgesehen, die sich bei Kindern, die sich in der Ausbildung befinden, erhöhen kann. Bei völliger Hilflosigkeit oder Pflegebedürftigkeit sind Pflegezulagen vorgesehen. Diese bestehen entweder in absoluten Beträgen (BRD, CSSR, Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweden) oder in Prozentsätzen des Verdienstes oder der Rente (Belgien, China, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, UDSSR). Die Leistungen bei dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit richten sich nach den Prozentsätzen der Minderung der Erwerbsfähigkeit, die auf den Zustand der völligen Erwerbsunfähigkeit (100 %) bezogen werden.

Ist die Minderung der Erwerbsfähigkeit geringfügig

und übersteigt sie einen bestimmten Grad nicht, so wird in der BRD, CSSR, Dänemark, DDR, Italien, Norwegen, Österreich, Schweden keine Entschädigung gezahlt. Die Mindest-MdE liegt in diesen Ländern zwischen 5 % und 30 %. In der UDSSR ist keine Prozentzahl festgesetzt; die Körperschädigung muß im Erwerbsleben erkennbar oder das Leben muß wesentlich behindert sein.

In anderen Ländern wird bei geringfügiger Minderung der Erwerbsfähigkeit eine Abfindungssumme gezahlt. Dies ist der Fall in Argentinien, Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Japan, Kanada, Luxemburg, Norwegen und Südafrika.

Die Höhe der Rente richtet sich in Australien, Großbritannien und in einem Bundesstaat der USA (Washington) nach festen Beträgen. In den meisten Ländern ist die Teilrente - entsprechend der MdE - der Vollrente proportional. In vielen Staaten der USA wird auch auf die Lohneinbuße (earning capacity) Bezug genommen. In anderen amerikanischen Staaten wird statt einer Teilrente auch die Vollrente gezahlt, die dann aber auf eine bestimmte Wochenzahl begrenzt ist.

3.40 Leistungen beim Tod des Versicherten

Australien

Beerdigungskosten bzw. 120 - 250 Dollar.

Einmalige Abfindung von 8.300 - 12.000 Dollar, je nach Staat zuzüglich 200 - 290 Dollar für jede Waise unter 16 Jahren. In N.S. Wales erhält jede Waise unter 16 Jahren 5 Dollar wöchentlich.

Argentinien

Beerdigungskosten, maximal 3.000 Pesos.

Abfindungsbetrag von 1.000 Tagesverdiensten.

Maximum 60.000 Pesos.

Belgien

Beerdigungskosten: Pauschalbetrag von 30 Tagesverdiensten, mindestens 4.000 bfrs.

Die unterhaltsberechtignte Witwe (oder Witwer) erhält 30 % des Verdienstes als Rente, jede Waise 15 % und jede Vollwaise 20 %, jedoch nicht mehr als für drei Waisen. Sofern die o.a. fehlen, erhalten - sofern der Verstorbene ihnen unterhaltsverpflichtet war - Eltern je 20 %, Enkelkinder oder Geschwister unter bestimmten Bedingungen 15 %, maximal 75 % des Verdienstes.

BRD

Bestattungsbeihilfe von 1/12 des Jahresverdienstes, mindestens 400 DM, eventuell Kosten einer Überführung an den Ort der Bestattung.

Als Rente erhalten:

Witwe unter 45 Jahren: 30 % des Jahresverdienstes, Witwe über 45 Jahren oder einer Erwerbsunfähigkeit von mehr als 50 % oder mit einem waisenrentenberechtigten Kind: 40 %.

Ebenfalls kann ein Witwer, sofern er dauernd unterhalten wurde, 40 % erhalten.

Jede Waise (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, bei Ausbildung bis zum 25. Lebensjahr) erhält 20 %, Vollwaisen 30 % des Jahresverdienstes. Eltern je Elternteil 20 %, zusammen 30 %, auch andere Verwandte in aufsteigender Linie, wenn sie wesentlich aus dem Arbeitsverdienst unterhalten wurden. Hinterbliebenenrenten insgesamt 80 %.

CSSR

Beerdigungskosten: 1.000 Kronen.

Jede Witwe erhält 60 % der angenommenen oder tatsächlichen Rente des Versicherten für 12 Monate, danach nur, wenn sie über 50 Jahre alt ist oder erwerbsunfähig oder für ein Kind zu sorgen hat oder drei Kinder aufgezogen oder 45 Jahre alt ist und zwei Kinder aufgezogen hat.

Höchstrente 360 Kronen/Monat. In Ausnahmefällen hat auch der vollinvalide Witwer Anspruch auf Witwerrente.

Jede Halbwaise unter 15 Jahren (unter 25 Jahren

bei Studium oder Erwerbsunfähigkeit) erhält 30 % der Rente des Versicherten, maximal 450, minimal 180 Kronen monatlich, je nach Anzahl der Kinder. Vollwaisen erhalten je 450 Kronen monatlich.

China

Beerdigungskosten gleich drei Monatsverdienste. Nachkommen in gerader Linie erhalten 25 bis 50 % des Verdienstes.

Dänemark

Bestattungsbeihilfe 825 dkr. (1965). Es besteht eine Anpassung: Für drei Punkte über einen Preisindex von 1965 = 25 dkr; 1969 = 1.025 dkr. Witwen- (Witwer) rente 50 % des Verdienstes, nach zwei Jahren wird die Rente auf 30 % herabgesetzt. Dies gilt auch für Witwen, die getrennt leben oder geschieden (sofern der Mann unterhaltspflichtig) sind. 10 % des Verdienstes für jede Halbwaise bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, 20 % für Vollwaisen. Die Gesamtrente beträgt höchstens 50 % des Verdienstes, sofern die Rente unter 50 % liegt, können unter bestimmten Umständen Pflegekinder, Eltern oder Geschwister Rente erhalten.

DDR

Bestattungsbeihilfe von 20 Tagesverdiensten, mindestens 100 DM. Witwenrente (Witwer): 40 % des Verdienstes des Versicherten + feste Zulage, wenn die Witwe über 60 Jahre, erwerbsunfähig ist oder für ein junges Kind zu sorgen hat. Andere Witwen erhalten 20 %.

Halbwaisen erhalten 20 % der Rente, Vollwaisen 30 % bis zum 15. Lebensjahr (bei Ausbildung bis zum 19. Lebensjahr). Rentenhöchstbetrag = $66 \frac{2}{3}$ % + Zulagen von 25 bis 70 DM (nicht für arbeitsfähige Witwe).

Frankreich

Volle Kosten der Beerdigung bis zu einem bestimmten

Höchstbetrag. Eine Witwe oder ein Witwer, die jünger als 60 Jahre alt sind, erhalten 30 % des anrechnungsfähigen Jahresverdienstes, über 60 Jahre oder, falls sie mindestens 50 % erwerbsunfähig sind, erhalten sie 50 % des anrechnungsfähigen Jahresverdienstes als Rente.

15 % für jede der ersten zwei Halbwaisen unter 16 Jahren, 10 % für jedes weitere Kind. Jede Vollwaise erhält 20 %. Eltern oder andere Verwandte, für die der Versicherte Unterhalt geleistet hat, erhalten ebenfalls eine Hinterbliebenenrente, je 10 % für Eltern- oder Großelternteil bis zu insgesamt 30 %. Die Gesamtheit aller Leistungen liegt bei 85 % des anrechnungsfähigen Jahresverdienstes. Dazu wird das volle Kindergeld gezahlt.

Großbritannien

Für die Bestattungskosten wird ein Betrag von £ 30 gezahlt.

In den ersten 26 Wochen beträgt das Hinterbliebenengeld £ 7,00, anschließend wird eine Rente von £ 5,55 wöchentlich gezahlt, sofern die Witwe Kinderzulagen erhält oder für ein Kind unter 19 Jahren sorgen muß, wenn die Witwe über 50 Jahre alt oder dauernd erwerbsunfähig ist. In allen anderen Fällen wird eine Rente von £ 1,50 wöchentlich gezahlt.

Unter Umständen können noch zusätzliche Leistungen (Widow's supplementary allowance) gewährt werden, z.B. wenn der Ehemann am Todestag nicht versorgungsberechtigt war oder eine Einkommenssteuer von mindestens £ 450 zahlte. Diese zusätzlichen Leistungen richten sich dann nach dem Verdienst des Verstorbenen und liegen zwischen 1s und £ 7 pro Woche. Witwer erhalten £ 5,55 wöchentlich, wenn sie dauernd arbeitsunfähig waren oder die Ehefrau mehr als die Hälfte der Unterhaltskosten getragen hat.

Die Waisenrenten für Kinder bis zum 15. Lebensjahr (bei Ausbildung 19. Jahr) betragen:

£ 2,45 für das erste Kind,
£ 1,55 für das zweite Kind und

£ 1,45 für jedes weitere Kind, sofern die Kinder bei der Witwe leben oder von ihr mit einem Betrag von £ 2,45 unterhalten werden. Andernfalls betragen die Renten für das 1. Kind £ 1,55 und für jedes weitere £ 0,55 wöchentlich.

Sofern die Eltern, bestimmte andere Verwandte oder eine Frau, die für ein Kind des Verstorbenen sorgt, überwiegend von dem Verstorbenen unterhalten wurden, wird eine Rente bis zu £ 1 für ein Eltern-
teil oder £ 0,75 für beide Eltern gezahlt.

Wenn diese Personen weniger als die Hälfte, jedoch mindestens £ 0,25/Woche erhalten haben, werden Abfindungsbeträge gezahlt, die der 2-Jahressumme der Unterhaltsleistungen entsprechen (maximal £ 78).

Italien

Bestattungsbeihilfe bis 550.000 Lire, je nach Grad der Verwandtschaft.

Die Witwenrente beträgt 50 % des Verdienstes des Versicherten. Der Witwer erhält Rente, sofern er ein Alter von 65 Jahren erreicht hat oder erwerbsunfähig ist.

Halbwaisen erhalten 20 %, Vollwaisen 40 % der Rente. Wenn keine Ehefrau oder unterhaltsberechtigten Kinder vorhanden sind, steht jedem Eltern-
teil - sofern der Verstorbene sie unterhalten hat - 20 % der Rente zu. Auch Großeltern, Enkel und Geschwister können je 20 % erhalten. Die Gesamtsumme der Renten ist jedoch auf 100 % des Verdienstes oder, wenn sie darunter liegt, auf 105.000 Lire monatlich begrenzt.

Japan

Bestattungsbeihilfe von 35.000 Yen + 30 Tagesverdiensten.

Die Witwe erhält 30 % des Verdienstes des Verstorbenen.

Jede Waise erhält 5 %. Die Gesamtsumme der Rente ist auf 50 % begrenzt. Falls keine der o.a. Angehörigen vorhanden sind, wird anderen Berechtigten

eine Pauschalsumme von 400 Tagesverdiensten zugebilligt.

Kanada

Beerdigungskosten 250 - 600 Can\$.

An Witwen oder erwerbsunfähige Witwer werden gleichbleibende Beträge zwischen 65 und 110 Can\$ monatlich gezahlt. Die Waisenrente beträgt 25 - 50 \$, für Vollwaisen 30 - 60 \$ monatlich (je nach Provinz). Die Renten dürfen 75 % des Verdienstes nicht übersteigen. Andere unterhaltsberechtigte Angehörige können Leistungen erhalten, deren Höhe sich nach dem finanziellen Verlust richtet.

Luxemburg

Die Bestattungsbeihilfe beträgt 1/15 des Jahresverdienstes.

Die Witwe erhält 40 %, bei Invalidität oder einem Alter über 50 Jahre 50 % des Verdienstes als Rente. Ebenso erhält ein erwerbsunfähiger Witwer eine Rente von 50 %.

Jede Waise bis zum vollendeten 18., bei Ausbildung bis zum 25. Jahr (bei Erwerbsunfähigkeit unbegrenzt) erhält 20 %.

Wenn die erwähnten Angehörigen fehlen, können Eltern und Großeltern Rente beziehen. Die Gesamtsumme der Leistungen ist auf 80 % des Verdienstes beschränkt. Zusätzlich werden in Luxemburg Familienbeihilfen gezahlt.

Niederlande

In den Niederlanden besteht eine Versicherung, die ausschließlich das Risiko des Todes des Familienoberhauptes deckt. Es ist die Allgemeine Witwen- und Waisenversicherung (Algemene Wedwen- en Wezenwet = AWW) vom 1. Okt. 1959. Danach sind alle Personen über 15 Jahre versichert, wenn sie a) Einwohner, b) keine Einwohner der Niederlande sind, aber in Dienstbetrieben im Lande arbeiten und Lohnbelastungen unterworfen sind, c) Niederländer, die in Betrieben außerhalb des Landes, die jedoch unter nieder-

ländischer Obrigkeit stehen, arbeiten. Das Recht auf Witwenpension besteht, wenn der Ehemann zum Zeitpunkt des Todes versichert war und die Witwe ein eigenes unverheiratetes Kind, das vom Ehemann stammt, versorgt oder mindestens 45 % arbeitsunfähig oder älter als 45 Jahre ist. Mit der Witwe wird u.U. die geschiedene Frau gleichgestellt. Die Rente beträgt (ab 1.1.71) f 4506 bei einem oder mehreren unterhaltsberechtigten Kindern unter 18 Jahren f 6390 jährlich. Hinzu kommt ein Ferienzuschlag von jährlich 6 %. Im Alter von 65 Jahren wird die Witwen- und Waisenrente durch die Altersrente ersetzt.

Ist das Alter der Witwe geringer als 45 Jahre, dann wird nur eine zeitlich begrenzte Rente gezahlt. Die Dauer beträgt 6 Monate, wenn die Witwe jünger als 27 Jahre ist. Für jedes Jahr, das das Alter von 26 übersteigt, verlängert sich die Auszahlung um einen Monat bis zu einer Höchstdauer von 19 Monaten. Der Jahresbetrag liegt auch hier bei f 4506.

Die Waisenrenten betragen für Vollwaisen jährlich:
unter 10 Jahre f 1440
von 10 bis 16 Jahre f 2136
und im Alter von 16 - 27 Jahren, sofern sie in der Berufsausbildung stehen und kein wesentliches Einkommen beziehen, f 2784 jährlich + 6 % Ferienzulage (Vakantie-uitkering)

Norwegen 1)

Wenn die Witwe arbeitsunfähig oder älter als 40 Jahre ist, erhält sie 40 % der Bemessungsgrundlage. Andernfalls wird die Rente nur für 2 Jahre gezahlt. Ein invalider Witwer erhält ebenfalls 40 %.

Waisen erhalten 40 % der Rente für das erste und 25 % für jedes weitere Kind unter 18, bei Ausbildung unter 21 Jahren (bei Invalidität unbegrenzt). Bei Vollwaisen erhält das erste Kind 40 % des

1) Für Norwegen und UDSSR haben sich Beerdigungskosten nicht feststellen lassen.

Verdienstes (wie Witwenrente), das zweite ebenfalls 40 % der Rente, das dritte und jedes weitere Kind 25 % der Rente.

Außerdem können Eltern, Großeltern und Geschwister Rente beziehen.

Österreich

Beerdigungskosten, maximal 1/15 des jährlichen versicherungspflichtigen Verdienstes, mindestens 1000 Ös.

Wenn die Witwe über 60 Jahre alt oder selbst erwerbsunfähig (mindestens 50 % MdE) ist, erhält sie 40 % des versicherungspflichtigen Verdienstes (Bemessungsgrundlage), andernfalls 20 %. Dies gilt ebenso für einen unterhaltsberechtigten Witwer. Waisen erhalten 20 % des Verdienstes, Vollwaisen 30 %. Andere Hinterbliebene wie unterhaltsberechtigten Eltern, Großeltern und Geschwister können Leistungen erhalten, sofern der Versicherte den Lebensunterhalt überwiegend bestritten hat. Die Summe der Leistungen darf 80 % des Verdienstes nicht überschreiten.

Polen

Bestattungskosten: 7 Wochenverdienste.

An die Hinterbliebenen werden dieselben Renten wie im Invaliditätsfall (s. 3.30) mit einem Zuschlag von 10 % des Verdienstes ausbezahlt.

Mindestzuschlag 120 Zloty monatlich.

Der 2. Hinterbliebene erhält 65 Zl, der 3. 80 Zl monatlich.

Vollwaisen erhalten 10 % des Verdienstes.

Schweden

Bestattungskosten von 1100 skr.

Die Witwe erhält bis zum 67. Lebensjahr $33 \frac{1}{3}$ % des anrechenbaren Verdienstes des Verstorbenen, danach mit Beginn der Volkspension 25 %. Ein unterhaltsberechtigter Witwer kann denselben Betrag als Höchstbetrag erhalten.

Jede Waise unter 19 (bei Invalidität 21 Jahre) erhält $16 \frac{2}{3}$ %.

Eltern können, wenn sie unterhaltsberechtigt waren oder Renten erhalten, die unter den Höchstbeträgen liegen, $16 \frac{2}{3}$ % des Verdienstes erhalten. Die Gesamtsumme der Leistungen darf $\frac{5}{6} = 83 \frac{1}{3}$ % des anrechenbaren Einkommens nicht übersteigen.

Schweiz

Bestattungsgeld von 500 sfr.

Die Witwe erhält 30 % des anrechnungsfähigen Jahresverdienstes, ebenso ein erwerbsunfähiger Witwer. Waisen bis zum vollendeten 18. Jahr (bei Ausbildung bis zum 20. Jahr) erhalten 15 %, Vollwaisen 25 %. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch andere Angehörige wie Eltern, Großeltern und Geschwister einen Gesamtbetrag von 20 % des Verdienstes erhalten.

Die Gesamtrentenleistung darf 60 % des Verdienstes nicht übersteigen.

In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung werden die Versicherungsleistungen von den einzelnen Kantonen festgelegt. Nach schweizer Bundesrecht ist eine Mindestleistung von 10.000 sfr. festgesetzt.

Südafrika

Für die Bestattungskosten werden zwei Monatsverdienste bezahlt. Die Witwe (Nichteingeborene) erhält 40 % der Rente des Verstorbenen, ebenso ein invalider Witwer. Jede Waise bis zum 17. Lebensjahr erhält 20 % der Rente. Die Hinterbliebenenrenten dürfen 100 % der Rente des Verstorbenen nicht übersteigen.

Für Eingeborene gilt: Abfindung bis zu 48 Monatsbeträgen bei einem Monatsverdienst unter 41 Rand, zusätzlich 30 Monatsbeträge bei einem Verdienst von 41 - 150 Rand. Ein Kommissar legt die genaue Summe nach der Anzahl der Unterhaltsberechtigten fest.

UDSSR 1)

Die UDSSR bezieht die Rentenleistungen auf die Zahl der Hinterbliebenen. Darunter fallen:

Eine Witwe über 55 Jahre oder unter 55 Jahren, sofern sie erwerbsunfähig ist oder für ein Kind sorgt. Ein Witwer erhält Rente, wenn er erwerbsunfähig oder über 60 Jahre alt ist. Ferner sind die Kinder und Eltern anspruchsberechtigt.

In ländlichen Gebieten liegen die Renten 15 % niedriger.

Ein Hinterbliebener erhält 65 % des Verdienstes bis zu 40 Rubel monatlich + 10 % des darüberliegenden Verdienstes, mindestens 21 maximal 45 Rubel.

Zwei Hinterbliebene erhalten 90 % des Verdienstes bis 45 Rubel + 10 % des darüberliegenden Verdienstes, mindestens 30 maximal 90 Rubel.

Drei oder mehr Hinterbliebene erhalten 100 % des Verdienstes bis 50 Rubel + 10 % des darüberliegenden Verdienstes und einen Zuschlag von 15 %, mindestens 50 maximal 120 Rubel monatlich.

USA

In allen Unfallversicherungsgesetzen (außer Oklahoma) sind Entschädigungen für die Bestattung bis zu einem Höchstbetrag vorgesehen. Dieser liegt zwischen 200 und 1.000 Dollar, in 3/4 der Staaten über 500 Dollar. In den meisten Bundesstaaten werden diese Beihilfen zusätzlich zu anderen Leistungen gezahlt, in einigen wenigen Staaten werden diese Kosten von anderen Leistungen abgezogen. In manchen Staaten ist eine zusätzliche Leistung zu der Bestattungshilfe vorgesehen, um die Kosten der letzten Krankheit zu decken.

Nach allen Gesetzen der USA wird in der Regel an die Hinterbliebenen eines durch Arbeitsunfall ums

1) Für die UDSSR und Norwegen haben sich Beerdigungskosten nicht feststellen lassen.

Leben Gekommenen eine Entschädigung gezahlt, die von der Höhe des Verdienstes und der Zahl der Unterhaltsberechtigten abhängig ist. 22 Staaten sehen wöchentliche oder monatliche Zahlungen (death payment) an die Witwe für die Dauer ihres Lebens vor, sofern sie nicht wieder heiratet, und an Kinder bis zu 16 bzw. 18 Jahren (oder einem höheren Lebensalter, wenn diese erwerbsunfähig sind). 8 dieser Gesetze limitieren jedoch die Gesamtleistung auf 14.000 - 35.100 Dollar.

30 andere Gesetze begrenzen die Dauer der Zahlungen auf eine Zeit von 300 bis 500 Wochen (mitunter verringert durch Leistungen, die der Verstorbene vor seinem Tode erhalten hat). In zwei Gesetzen sind nur feste Abfindungsbeträge vorgesehen.

Einige Gesetze sehen bestimmte Abfindungsbeträge für Witwen vor, die sich wiederverheiraten und deshalb keine periodischen Leistungen erhalten.

Andere Gesetze bestimmen, daß in den Fällen, in denen eine Witwe oder andere Unterhaltsberechtigte keine Leistungen erhalten, die übrigen Unterhaltsberechtigten eine entsprechend erhöhte regelmäßige Leistung erhalten.

In einigen Staaten können auch andere Hinterbliebene als Witwen, wie zum Beispiel Eltern oder Geschwister Leistungen (death benefits) erhalten, wenn ihre Abhängigkeit vom Lohn des Verstorbenen bewiesen ist und keine anderen Unterhaltsberechtigten vorhanden sind. In der Hälfte der Staaten werden nicht seßhafte Fremde (Alien) von den Leistungen ausgeschlossen oder sie erhalten verminderte Leistungen.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß in allen Industriestaaten an die Überlebenden Entschädigungen in Form von Renten oder Abfindungen gezahlt werden. Der Kreis der Empfänger ist meist auf die Witwe und die ehelichen Kinder beschränkt. In vielen Staaten können auch Eltern, Geschwister oder andere Verwandte

Leistungen erhalten, wenn sie Unterhaltszahlungen vom Verstorbenen erhalten haben oder sonst vom Lohn des Verstorbenen abhängig waren. Nach den Bestimmungen mancher Staaten (Belgien, Italien, Japan, Luxemburg) werden diese Leistungen nur gezahlt, wenn keine Rente an Witwen oder Waisen zu zahlen ist. Vielfach besteht in anderen Staaten eine Einschränkung durch Begrenzung der Renten oder Abfindungssummen.

Viele Gesetze sehen auch Leistungen an einen Witwer vor. Hier gilt jedoch ohne Einschränkung die Voraussetzung, daß der Witwer unterhaltsberechtigter oder erwerbsunfähig oder beides sein muß. Die Unterhaltsberechtigung resultiert meist aus der Erwerbsunfähigkeit.

Für die Leistungen an die Witwe gelten ebenfalls vielfach Einschränkungen. So werden die Leistungen erstens durch Wiederverheiratung (alle EWG-Staaten, Dänemark, Österreich, USA), zweitens durch das Alter (BRD, CSSR, DDR, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, Österreich) eingeschränkt oder aufgehoben. Von diesen Bestimmungen gibt es allerdings wieder Ausnahmen. So werden Leistungen dennoch gezahlt, wenn die Witwe selbst erwerbsunfähig ist oder für mindestens ein Kind (bis zu einem gewissen Alter) sorgt oder Kinder aufgezogen hat (z.B. CSSR). Die Leistungen an Halb- und Vollwaisen werden überall durch das Alter der Kinder begrenzt. So gelten in den meisten Staaten Altersgrenzen zwischen 16 und 18 Jahren (in der CSSR, DDR und Großbritannien unter 15 Jahren); nach oben erhöhen sich diese Altersgrenzen meist für die Dauer einer Ausbildung oder des Studiums. Auch bei Erwerbsunfähigkeit der Waisen werden die Altersgrenzen hinausgeschoben oder aufgehoben.

Die Höhe der Entschädigung besteht entweder in festen Abfindungssummen (Argentinien, Australien - ausgenommen N.S. Wales für Waisen -, mehr als die Hälfte der amerikanischen Staaten) oder in Form

von Rentenzahlungen, die aber in acht US-Staaten durch Höchstbeträge oder festgelegte Dauer begrenzt sind. Die Rentenhöhe ist in Australien, Großbritannien, Kanada und den Niederlanden (in den letzten beiden Staaten hier im Gegensatz zu den Zahlungen bei dauernder Erwerbsunfähigkeit) an feste Gesetze gebunden. In allen anderen Staaten - sofern nicht eine Abfindungssumme vorgesehen ist - richtet sich die Rente nach einem bestimmten Prozentsatz des Verdienstes der Verstorbenen. In der CSSR wird die Rente nach einem Prozentsatz der Rente berechnet, auf die der Verstorbene bei dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit Anspruch gehabt hätte. Auf den Lohn bezogen, liegen die Witwenrenten zwischen 30 und 50 %, in den meisten Staaten bei durchschnittlich 40 %, wobei oft noch obere Grenzen durch die höchste Bemessungsgrundlage oder bestimmte anrechenbare Löhne gesetzt werden. Die Waisenrenten betragen durchschnittlich 15 - 20 % (5 - 20 %), bei Vollwaisen 25 % (zwischen 20 und 40 %). Auch hier bestehen Beschränkungen insoweit, als diese Sätze oft nur für die erste oder für die ersten zwei Waisen gelten und sich dann vermindern oder - wie in den meisten Ländern - durch einen Gesamtprozentsatz aller Leistungen beschränkt werden. Dieser liegt dann zwischen 50 % (China, Dänemark, Japan) und 100 % (Italien, Südafrika) des Verdienstes des Verstorbenen, meist zwischen 60 und 85 %. Sofern Renten für andere Unterhaltsberechtigte vorgesehen sind, erhalten diese insgesamt in der Regel 20 - 40 %.

4.00 Besprechung der Ergebnisse

Zur Zeit bestehen in den Industrienationen der Welt alle Versicherungssysteme gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, von der Arbeitgeberhaftung bis zur einheitlichen Sozialversicherung. Vorwiegend in den

USA kommen die Systeme der Arbeitgeberhaftung zur Anwendung. In 24 Bundesstaaten ist dort der Abschluß einer Haftpflichtversicherung freiwillig, so daß dort mitunter überhaupt keine Versicherung besteht. (Allerdings verliert dann der Arbeitgeber die Möglichkeit der üblichen gesetzlichen Einreden) (S. 10/11 d.A.). In anderen Staaten der USA ist schrittweise mit der Einführung eines Sozialversicherungssystems begonnen worden; in 7 Staaten besteht eine staatliche Unfallversicherung. Die Systeme mit Arbeitgeberhaftung können aber auch generell alle Arbeitnehmer erfassen, wenn sie, wie z.B. in Australien, Belgien oder vielen Bundesstaaten der USA den Abschluß einer Haftpflichtversicherung vorschreiben oder wenn ein Garantiefond eingerichtet ist, der Leistungen im Falle einer Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers vorsieht.

In allen europäischen Ländern (außer Belgien), Japan und Kanada ist die Unfallversicherung ein mehr oder weniger selbständiger Zweig von Sozialversicherungssystemen. In den Niederlanden und den Ostblockländern bestehen für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten keine besonderen Versicherungssparten.

Über die Leistungsfähigkeit gibt die Art des Systems keinen Anhalt. So können bei fehlender Versicherung im Einzelfall auf dem Wege einer Einigung zwischen Arbeitgeber und Anspruchsberechtigtem oder durch eine Klage höhere Entschädigungen erzielt werden, als sie bei Sozialversicherungssystemen üblich sind. Bei diesen Systemen ist der Rechtsweg wegen der Höhe einer Entschädigung ausgeschlossen; diese richtet sich prinzipiell nach bestimmten Kriterien, die allgemein anwendbar und vom Gesetzgeber festgelegt sind. In einem Prozeßverfahren kann immer nur die Anerkennung einer Schädigungsfolge dem Grunde nach verlangt werden.

Ein Wertvergleich der in den einzelnen Industrienationen gesetzlich bestehenden Entschädigungen läßt sich nicht ziehen, da ein solcher Vergleich aus Gründen der Währungsparität und der verschiedenen Kaufkraft der einzelnen Währungen nicht möglich ist. Ein gewisser Vergleich ist jedoch dort zulässig, wo die Entschädigungssätze in Prozenten des früheren Verdienstes angegeben werden, also vor allem in den europäischen Ländern, Japan und Kanada. Für diese Länder gilt, daß die Entschädigungsleistungen bei totaler Erwerbsunfähigkeit - unter Vernachlässigung bestimmter oberer Verdienstgrenzen - einander sehr ähnlich sind. Allein aus dem Vergleich der bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten gewährten Leistungen läßt sich kein Rückschluß auf die dem Versicherten oder dessen Angehörigen tatsächlich zukommenden Leistungen ziehen. So wird z.B. in Dänemark, Kanada, Norwegen und Schweden jedem Bürger unabhängig von Beitragsleistungen eine Grundaltersrente (Volks-pension) vom 65. - 70. Lebensjahr an gezahlt. In anderen Ländern wird beim Zusammentreffen von Renten, die auf Grund eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit gezahlt werden, mit anderen Renten wie z.B. Invalidenrenten die Summe der Renten gekürzt.

In Ländern, in denen Sozialversicherungssysteme bestehen, und die Leistungen bei Arbeitsunfällen im Rahmen eines allgemeinen Systems gezahlt werden, ist ein derartiges Zusammentreffen nicht möglich, da immer nur eine Rente für Invalidität gezahlt werden kann.

Für die teilweise Erwerbsunfähigkeit gilt, daß die Teilrenten in fast allen Industrienationen mit dem Grad der Invalidität - oder auch der durch sie bedingten Lohneinbuße - korrelieren. Bei geringen Invaliditätsgraden (5 - 30 %) wird vielfach keine

Leistung gewährt. Bis zu bestimmten Graden der Invalidität wird in einigen Ländern eine Abfindung gezahlt oder kann auf Antrag des Versicherten gezahlt werden. In den Überseeländern Argentinien, Australien, Südafrika und den USA werden die Leistungen nicht immer in Rentenform gezahlt. Oft wird nur eine Abfindung gewährt, oder es bestehen Begrenzungen der Leistungen nach Höhe und/oder Dauer. Ebenso gilt für diese Länder, daß die Leistungen an Hinterbliebene sehr beschränkt sind.

Um die finanziellen Leistungen vergleichen zu können, muß außerdem noch berücksichtigt werden, ob bei den langfristigen Zahlungen eine Anpassung an eine Geldentwertung erfolgt. Bezüglich der Abfindungen oder kurzfristigen Rentenzahlungen erübrigt sich eine Anpassung, da diese ohnehin nach dem aktuellen Lohn errechnet sind.

Für die zukünftige Entwicklung der Unfallversicherung ist abzusehen, daß ein ständiger Ausbau des Versicherungssystems, eine fortschreitende Ausweitung auf alle Arbeitnehmer und andere Personengruppen, eine Ausdehnung der zu entschädigenden Fälle und eine Erhöhung der Leistungen stattfinden wird. Mit dieser Entwicklung wird zwangsläufig eine Angleichung der Verfahren und Leistungen in den einzelnen Industrienationen erfolgen.

Im Rahmen dieser Angleichung wurde erstmals 1952 ein Internationales Übereinkommen (Nr. 102) über Mindestnormen der sozialen Sicherheit getroffen, dessen Teil VI die Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten behandelt. Dieser Teil wurde bis 1963 von 9 Ländern der Welt unterzeichnet (21, S. 22). In der BRD erlangte er am 18. Sept. 1957 Gesetzeskraft (BGBl II, 1957/29). Auf der Grundlage dieses Übereinkommens wurde alsdann die Europäische Ordnung der Sozialen Sicherheit (16. April 1964) geschaffen. In deren Präambel heißt es u.a.: "In der Überzeugung, daß es wünschenswert ist, eine Euro-

Ordnung der Sozialen Sicherheit zu verfassen, deren Stand über den Mindestnormen des Internationalen Übereinkommens Nr. 102 über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit liegt" (BGBl II, 1970, Nr. 46, S. 910). Diese Europäische Sozialordnung wurde bisher von Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Frankreich, BRD, Griechenland, Island, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Türkei und Großbritannien unterzeichnet. Der Teil VI der Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit (Artikel 31 - 38) betrifft die Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Art. 32 lautet: "Die gedeckten Fälle haben bei Arbeitsunfällen oder vorgeschriebenen Berufskrankheiten zu umfassen

- a) Krankheit,
- b) Arbeitsunfähigkeit auf Grund von Krankheit, die Verdienstausschlag im Sinne der innerstaatlichen Rechtsvorschriften nach sich zieht,
- c) Erwerbsunfähigkeit oder Minderung der Erwerbsfähigkeit über einem bestimmten Grad, wenn die Unfähigkeit oder Minderung voraussichtlich dauernd ist, oder eine entsprechende Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit und
- d) Verlust des Unterhalts der Witwe oder der Kinder infolge des Todes des Unterhaltspflichtigen; der Leistungsanspruch der Witwe kann davon abhängig gemacht werden, daß sie nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften als unfähig gilt, selbst für ihren Unterhalt zu sorgen."

Artikel 33 bestimmt: "Der Kreis der geschützten Personen hat vorgeschriebene Gruppen von Arbeitnehmern zu umfassen, die zusammen mindestens 50 vom Hundert aller Arbeitnehmer bilden, und bei Leistungen im Falle des Todes des Unterhaltspflichtigen auch die Ehefrauen und Kinder von Arbeitnehmern dieser Gruppen."

In Art. 34 wird die ärztliche Betreuung bei Krankheit geregelt.

Art. 35 lautet: "(1) Die Regierungsstellen oder Einrichtungen, denen die Verwaltung der ärztlichen Betreuung obliegt, haben gegebenenfalls mit den allgemein für die berufliche Nach- und Umschulung in Betracht kommenden Stellen zusammenzuarbeiten, um behinderte Personen wieder in eine geeignete Tätigkeit einzugliedern."

Nach Art. 36 soll die Leistung bei Arbeitsunfähig-

keit, voraussichtlich dauernder Erwerbsunfähigkeit, einer entsprechenden Minderung der körperlichen Leistungsfähigkeit und beim Tode des Unterhaltspflichtigen eine regelmäßig wiederkehrende Zahlung sein. Bei einer teilweisen Minderung der Erwerbsfähigkeit soll die Leistung in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistung bei Erwerbsunfähigkeit stehen.

Nach dem der Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit beigefügten Protokoll, das am 16.4.1964 ebenfalls von den o.g. 17 Ländern unterzeichnet worden ist, ist ein noch höherer Stand der sozialen Sicherheit vorgesehen als er in der Europäischen Sozialordnung niedergelegt ist.

Die Bestimmungen wurden im Zusammenwirken mit dem Internationalen Arbeitsamt ausgearbeitet. Dabei ergab sich folgende Änderung von Art. 32 und 33 der Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit.

Art. 32 Buchstabe d erhält folgende Fassung:

"d) Verlust des Unterhalts der Witwe oder der Kinder infolge des Todes des Unterhaltspflichtigen."

Artikel 33: "Der Kreis der geschützten Personen hat vorgeschriebene Gruppen von Arbeitnehmern zu umfassen, die zusammen mindestens 80 vom Hundert aller Arbeitnehmer bilden, und bei Leistungen im Falle des Todes des Unterhaltspflichtigen auch die Ehefrauen und Kinder von Arbeitnehmern dieser Gruppen."

Über diese Mindestnormen hinaus ist für die EWG-Länder Belgien, BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande nach dem Vertrag von Rom (Art. 118) eine enge Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Angleichung u.a. auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit, der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit vorgesehen.

Inzwischen ist zu diesem Zweck ein Abkommen über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer (VO Nr. 3 + 4 des Rats der EWG) geschlossen worden. Weiter hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft Merkblätter für eine spätere Europäische

Liste der Berufskrankheiten erarbeitet. Auch empfiehlt die Kommission die Voraussetzungen hinsichtlich der Krankheitsbilder, der Tätigkeiten und Arbeitsplätze, der Mindesteinwirkungsdauer und der Inanspruchnahmefristen nach Aufhören der schädigenden Einwirkungen zu beseitigen (1, 1966, S. 2698).

Schließlich hat die Kommission im Rahmen der sozialen Harmonisierung den "Entwurf einer Empfehlung der Kommission über eine gemeinsame Begriffsbestimmung des Zustandes der Invalidität, der Anspruch auf Leistungen eröffnet" ausgearbeitet (1, 1966, S. 3572).

Für die Zukunft ist für die EWG-Staaten und mit der bevorstehenden Erweiterung der EWG auf 10 Länder hinsichtlich der Verfahren und Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten mit einer engen Angleichung zu rechnen. Auf Grund der engen, vorwiegend wirtschaftlichen Verflechtungen unter den Industrienationen ist auch zu erwarten, daß sich dieser Prozeß der Angleichung auf den überwiegenden Teil der Industrienationen der Welt erstrecken wird.

5.00 Zusammenfassung

Die Arbeit gibt eine Übersicht über Verfahren und Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten in 16 europäischen und 7 außereuropäischen Industrienationen.

Im ersten Teil (2.10 - 2.40) werden im Rahmen der Verfahren der versicherte Personenkreis, die Versicherungssysteme und die Versicherungsfälle behandelt. Zu den Versicherungsfällen werden Arbeitsunfälle (Betriebsunfälle), Berufskrankheiten und Berufsschäden gerechnet. In den einzelnen Abschnitten wird eine Übersicht über die Auslegung dieser Begriffe in den behandelten Staaten gegeben, wobei auch die Auslegung durch die Rechtsprechung mitabgehandelt wird.

Im zweiten Teil (3.00 - 3.40) werden die Leistungen unter dem Gesichtspunkt der individuellen Versicherungsansprüche erörtert. Diese Leistungen werden in medizinische Behandlung und Sachleistungen, Rehabilitationsverfahren und finanzielle Leistungen unterteilt. Die finanziellen Leistungen sind für die einzelnen Staaten in deren Währungseinheiten nach Leistungen bei vorübergehender, dauernder teilweiser oder dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit sowie für Leistungen im Todesfall angegeben.

Im Abschnitt 4.00 wird auf internationale - besonders im europäischen Raum - getroffene Übereinkommen im Bereich der sozialen Sicherheit eingegangen.

Im Ergebnis läßt sich feststellen, daß in den meisten Industriestaaten ein allgemeiner Versicherungszwang gegen ein besonderes Arbeitsrisiko im Rahmen von Sozialversicherungssystemen besteht. Nur in Argentinien, einigen Territorien Australiens, Belgien und in 43 Bundesstaaten der USA gilt das Prinzip der Unfallhaftpflicht des Arbeitgebers, es muß jedoch auch in fast allen dieser Staaten vom Arbeitgeber eine Unfallhaftpflicht-Versicherung abgeschlossen werden. - Der Arbeitsunfall ist in allen Ländern nahezu gleich definiert (nur in den Niederlanden konnte eine Definition des Begriffs entfallen). Unterschiede gibt es bei der Bestimmung von Berufskrankheiten. Hier bestehen vorwiegend offene oder geschlossene Listen, es gibt aber auch Systeme der allgemeinen Erfassung.

Bezüglich der Leistungen besteht bei den europäischen Staaten einschließlich des Ostblocks, Kanada und Japan eine weitgehende Übereinstimmung. Die Leistungen in den übrigen Ländern differieren stark, häufig werden statt echter Renten nur Abfindungsbeträge gezahlt.

Literaturverzeichnis

- 1 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Bundesanzeiger-Verlag, Bonn
- 2 Aye-Brockhoff - Göbelsmann - Knoll - Schickel -
Schroeter, Gesamtkommentar zur RVO 1967,
Band Ergänzungen, Loseblattsammlung Inter-
nationales Versicherungsrecht
Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wiesbaden
- 3 Bauer, M. Die entschädigungspflichtigen Berufs-
krankheiten. Stuttgart, G. Thieme Verlag 1953
- 4 Brackmann,
Handbuch der Sozialversicherung
Asgard-Verlag, Bad Godesberg 1969
Band I + II
- 5 Buckup, H. Handlexikon der Arbeitsmedizin
G. Thieme Verlag, Stuttgart 1966
- 6 Bulletin der Internationalen Vereinigung
für Soziale Sicherheit (IVSS)
dt. Ausgabe, Hauptverband der österreichischen
Sozialversicherungsträger, Wien
- 7 Bürkle de la Camp, H.
Handbuch der gesamten Unfallheilkunde,
F. Enke Verlag, Stuttgart 1963
- 8 Claessens - Klönne - Tschoepe
Sozialkunde in der BRD
E. Diedrichs Verlag, Düsseldorf, Köln 1968
- 9 Compilation of the Security Laws, Volume I
Superintendent of Documents, Washington D.C., USA
- 10 Denis, P. Droit de la Sécurité Sociale
M.F. Larcier S.A., Brüssel 1970
- 11 Doberschütz, K. Die soziale Sicherung des
amerikanischen Bürgers
Sozialpolitische Schriften Heft 19
Duncker + Humblot, Berlin 1966
- 12 Elsholz-Theile, Die gesetzliche Rentenversicherung
Franz Vahlen, Berlin + Ffm 1963
- 13 The Encyclopedia Americana
Americana Corp., New York, Chicago 1967
- 14 Encyclopedia Britannica
- 15 Encyclopedia Brit.Inc. 1967
- 16 Entwicklungen und Tendenzen der Sozialen
Sicherheit, Belgien, Band I
Internationale Vereinigung für Soziale
Sicherheit, Genf 59

- 17 The Europa Year Book
Europa Publications Ltd, London 1971
Encyclopedia of the Social Science, Volume 15
The Macmillan Comp., New York, 1950
- 18 Farner, H. Die rechtliche Behandlung der
Berufskrankheiten in der sozialen Unfall-
versicherung.
Juris-Verlag, Zürich 1952, Diss.
- 19 Fiedler, K. Die Stellung der Berufskrankheiten,
insbesondere der Berufsdermatosen in der
Sozialversicherung der Schweiz, der BRD,
Frankreich und der USA
Keller, Winterthur 1959, Diss.
- 20 Hueck - Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts
F. Vahlen Verlag, Berlin, Ffm 1963
- 21 Internationale Arbeitskonferenz, 47. Tagung 1963
Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufs-
krankheiten
Genf, Internationales Arbeitsamt 1962
- 22 Industrial Injuries- Injury Benefit for Accidents
at Work, NI 5, April 70,
Department of Health and Social Security,
Newcastle, GB
- 23 Jacobs, W. Lexikon der Sozialversicherung
Fischer, Ffm 1971
- 24 Koelsch, F. Handbuch der Berufskrankheiten
Fischer, Jena 1969
- 25 Koelsch, F. Lehrbuch der Arbeitshygiene
F. Enke, Stuttgart 1954
- 26 Krankenversicherung
Bundesamt für Sozialversicherung
Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale
Bern 1971
- 27 Lag om Yrkesskadeförsäkring (14. maj 1954)
Gesetz Nr. 408, Änderung von 1962
- 28 Lov om Forsikring mod følger af ulykkestilfælde
Med ændringer i lov nr 213 af 4. juni 1965,
og lov nr. 333 af 18. juni 1969 - mit Kommentar
Jespersen og Pios Forlag, Kopenhagen, Dänemark
- 29 Lauterbach, Unfallversicherung, 16. Nachtrag
W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart
- 30 Lauterbach-Wickenhagen
Unfallversicherungsrecht-Kartei
L. Düringshofen, Berlin
- 31 Leissner, Verwaltung und öffentlicher Dienst in
der SBZ
Kohlhammer, Stuttgart, Köln, 1961

- 32 Mampel, Das System der sozialen Leistungen in
Mitteldeutschland und Ostberlin
Berlin 1961
- 33 Marx, H.H. Gutachten-Fibel
G. Thieme, Stuttgart 1969
- 34 Maunz, Th. - Schraft, H. Jahrbuch für die gesamte
Sozialversicherung und Sozialgerichtsbarkeit,
Band V
E. Schmidt Verlag, Berlin, Bielefeld, München 1965
- 35 Maunz, Th., Schraft, H. Die Sozialversicherung
der Gegenwart
E. Schmidt Verlag, Berlin, Bielefeld, München 1963
- 36 Meyers Neues Lexikon
VEB Bibliographisches Institut, Leipzig 1961
- 37 Oberwoerder, R.
Vergleich der Sozialversicherungen in der Bundes-
republik Deutschland und der Deutschen Demo-
kratischen Republik
Diss. Münster 1970
- 38 Outline of the Social Insurance in Japan,
The Social Insurance Agency, Japan 1968
- 39 Öffentliche Sozialleistungen in Schweden
Trygg Verlagsbetrieb, Stockholm 1970
- 40 Pelikan - Zachmann, Sozialversicherung in Frage
und Antwort, Unfallversicherung
C.H. Beck, München 1969
- 41 Plöger, H. Deutsche Sozialversicherungsabkommen
mit ausländ. Staaten, Loseblattsammlung,
35. Nachtragslieferung
Verlag der Ortskrankenkassen, Bad Godesberg
- 42 Podzun, H.
Entschädigungspflicht, Leistungen und Ersatzan-
sprüche bei Berufskrankheiten
Godesberg, 1955
- 43 Prescribed Industrial Diseases, NI 2
Department of Health and social Security,
Newcastle, GB Sept. 1969
- 44 Rehabilitation, Herausgegeben vom Verband Deut-
scher Rentenversicherungsträger, Ffm
Druckerei Breidenstein, Ffm 1969
- 45 Salowski, H. Die Efta-Länder
Deutsches Industrieinstitut, Köln 1967
- 46 Schematisch overzicht van de sociale verzeke-
ringswetten
Kluwe - Deventer, Niederlande, Febr. 1970
- 47 Socialförsäkring och Socialhjälp, K.J. Höjer
P.A. Norstedt Verlag, Stockholm 1966

- 48 Social Security in the Nordic Countries
Mariendals Boktrykkeri, Oslo 1965
- 49 Social Security in the United States, März 1968
U.S. Department of Health, Education, and Welfare
Social Security Administration
Washington D.C., USA
- 50 Social Security Programs Throughout the World 1969
U.S. Department of Health, Education, and Welfare
Social Security Administration
Washington D.C., USA
- 51 Soviet Trade Unions,
Novosti Press, Moskau
2. Aufl. o.A.
- 52 Die Soziale Sicherung in Japan
in Soziale Selbstverwaltung,
Heider Verlag, Bergisch Gladbach, Sept. 1970
- 53 Sozialversicherung im Ausland
Gerling-Konzern, Nr. 6 der Schriftenreihe des,
Köln 1965
- 54 Übersicht über die Soziale Sicherung, Heraus-
geber: Der Bundesminister für Arbeit und Sozial-
ordnung, Bonn 1970
- 55 Die Sozialversicherung in der UDSSR
Berichte des Osteuropa-Instituts an der freien
Universität Berlin, Heft 40, 1959
- 56 Valentin-Klosterkötter-Petry-Rutenfranz-Wittgens
Arbeitsmedizin
G. Thieme, Stuttgart 1970
- 57 Vergleichende Darstellung der Systeme der
sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der
europäischen Gemeinschaften.
Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Bundesanzeiger-Verlag, Bonn 1970
- 58 Die Welt in Zahlen
Harms Statistik 1970
P. List Verlag, München 1969
- 59 Wet op de Arbeidsongeschiktheidsverzekering
(Niederlande) o.A.

Lebenslauf

Am 4. Mai 1940 wurde ich als Sohn des Amtsgerichts-
rats Klaus Weiß und seiner Ehefrau Dr. Alice Weiß,
geb. Randzio, in Marienwerder/Westpreußen geboren.
Ab 1945 lebten wir in Oldenburg/Oldb. Hier besuchte
ich die Volksschule und dann das "Alte Gymnasium"
im math.-naturwissenschaftlichen Zweig. Am 24.2.1960
bestand ich die Reifeprüfung. Anschließend leistete
ich meinen Wehrdienst ab. Im SS 1962 begann ich das
Studium der Medizin an der Justus-Liebig-Universität
in Gießen. Nach dem Physikum studierte ich ab
WS 1965/66 an der Friedrich Alexander Universität in
Erlangen-Nürnberg und legte am 28.2.1968 das Staats-
examen ab. Anschließend war ich am Bundeswehr-
Krankenhaus Bad Zwischenann, der Frauenklinik Olden-
burg und im Kreiskrankenhaus Ammerland (Westerstede)
tätig. Nach der Approbation begann ich auf der
inneren Abteilung im Kreiskrankenhaus Ammerland die
Weiterbildung zum Facharzt für innere Krankheiten.
Seit 1965 bin ich mit der Lehrerin Gisela Jäger ver-
heiratet. Wir haben zwei Kinder. Mein derzeitiger
Wohnort ist 2901 Gristede, Kreis Ammerland.

DIFO-DRUCK SCHMACHT - BAMBERG RUF:62216